

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

Sie halten das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl am 13. März 2016 in den Händen. „SOZIAL muss drin sein!“ – hier ist der Name im doppelten Sinne Programm.

Es braucht endlich wieder eine Landespolitik, die den Menschen und nicht die Kapitalinteressen in den Mittelpunkt stellt. Und es braucht wenigstens eine Fraktion im Landtag, die gemeinsam mit den Gewerkschaften, Friedensbewegungen, Arbeitslosen- und Bürgerinitiativen für ein sozialeres, friedlicheres und demokratisches Land streitet.

Unser Programm heißt aus gutem Grund „Sozial muss drin sein“. Es ist für uns Verpflichtung und Herausforderung zugleich, denn wir wollen gemeinsam mit Ihnen dafür sorgen, dass die Interessen der Rheinlandpfälzerinnen und Rheinlandpfälzer auch tatsächlich im Landtag vertreten werden. Wir stehen für einen politischen Aufbruch in Rheinland-Pfalz und werden als Oppositionspartei mit klaren und eindeutigen politischen Vorstellungen in den Landtag ziehen.

Rheinland-Pfalz geht es leider nicht gut! Die Armut steigt stetig weiter, insbesondere bei Kindern und im Alter. Mittlerweile jeder 4 Arbeitnehmer ist nur noch prekär beschäftigt und die Infrastruktur (Brücken, Straßen, Krankenhäuser Schulen, Kitas etc.) zerfällt bzw. wird auf Verschleiß gefahren. Langzeitarbeitslose haben kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt und Miete und Energie sind für viele nicht mehr bezahlbar. Die Rot-Grüne Landesregierung hat auf wichtigen politischen Feldern versagt. Daher stehen wir als Mehrheitsbeschaffer für die Fortsetzung dieser Politik nicht zur Verfügung.

Einige unserer Schwerpunkte möchten wir vorab erwähnen:

DIE LINKE will Armut bekämpfen und prekäre Beschäftigung stoppen! Wir wollen hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften fairer besteuern! Wir streiten für höhere Löhne und fordern eine Rente, die vor Altersarmut schützt! Wir brauchen mehr Personal in der Bildung, Pflege, Gesundheit und auch bei der Polizei! Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr stärken und die ärztliche Versorgung auf dem Land sichern! Wir wollen die Zwei-Klassen Medizin beenden! Unsere Städte und Gemeinden müssen besser finanziert werden und die Privatisierung von Wasser, Energie, Bildung und Gesundheit wollen wir verhindern bzw. rückgängig machen! Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur, für den sozialen Wohnungsbau und den Breitbandausbau. Dies schafft und sichert viele Arbeitsplätze! Als konsequente Friedenspartei ächten wir den Krieg und wollen Waffenexporte verbieten. Und wir werden die Fluchtursachen und nicht die Flüchtlinge bekämpfen. Und nicht zu Letzt: Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hat bei uns keine Chance!

Viele Fragen sind erst durch uns auf die Tagesordnung gesetzt, viele Forderungen erst durch unseren Druck von den anderen Parteien diskutiert worden. Die Einführung eines Mindestlohns oder die Abschaffung der Praxisgebühr wäre ohne eine starke LINKE nicht Realität geworden!

Jede Stimme für DIE LINKE wirkt. Und wir versprechen: Wir bleiben dran!

Dieses Wahlprogramm ist unser Angebot an Sie. Überzeugen Sie sich, kommen Sie mit uns ins Gespräch darüber und treffen Sie die richtige Wahl – am 13. März!

Mit freundlichen Grüßen



Katrin Werner

Landesvorsitzende



Alexander Ulrich

Landesvorsitzender

Landtagswahlprogramm 2016

Vorwort

In Rheinland-Pfalz wird großer Reichtum erarbeitet – aber jede fünfte Rheinland-Pfälerin und jeder fünfte Rheinland-Pfälzer verfügt praktisch über keine Sparrücklagen, Anlagen oder sonstiges Eigentum. Demgegenüber besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als alle anderen zusammen.

Jede siebte Rheinland-Pfälerin und jeder siebte Rheinland-Pfälzer muss mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze den Lebensunterhalt bestreiten, und fast jede fünfte Rentnerin und jeder fünfte Rentner sind von Armut bedroht. Die vollmundigen Ankündigungen der rot-grünen Landesregierung, Armut bekämpfen zu wollen, haben sich als leere Versprechen erwiesen.

Leer sind auch die Kassen der meisten Städte und Landkreise – Städte und Kreise müssen sogar jedes Jahr erhebliche Schulden machen, um Schulen und Straßen, Gesundheitswesen, die soziale Sicherung, Kita-Bedienstete und Feuerwehr bezahlen zu können.

Der Not der leeren Kassen gehorchend, verkauften Land und Kommunen wesentliche Teile des öffentlichen Eigentums. Auf Bundesebene wurden die paritätisch finanzierte Rente und Gesundheitsversorgung abgeschafft. Beitragserhöhungen tragen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zukünftig alleine. Große Teile der Kulturlandschaft wurden ganz oder teilweise privatisiert. Am Ende wurden zahlreiche Angebote einfach gestrichen oder für die Bürgerinnen und Bürger teurer, teilweise unbezahlbar. Vor dieser Situation stehen die Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzer heute.

Malu Dreyer und die SPD haben nach der Regierung Beck weder den versprochenen sozial-ökologischen Kurswechsel eingeleitet noch sonstige nennenswerte Impulse gesetzt und verwalten das Land nur noch mehr schlecht als recht.

„Wenn jeder an sich denkt, ist für alle gesorgt.“ Nach diesem Motto verfahren Julia Klöckner und die CDU, sie wollen den eingeschlagenen Kurs sogar noch verschärfen. Eine große Koalition wäre für unser Land die denkbar schlechteste Lösung. Die große Koalition in Berlin ist verantwortlich für die Spaltung der Gesellschaft und für die soziale Kälte in unserem Land. Arbeitssuchende, Kranke, Normalverdienende, Rentnerinnen und Rentner, Familien und Auszubildende bleiben dabei auf der Strecke. Davor müssen wir Rheinland-Pfalz bewahren.

Und wer grün wählt, könnte sich am Ende schwarzärgern: Denn Grüne sind längst zu einer Partei geworden, der der Machterhalt im Zweifel am wichtigsten ist. Auch wenn die rheinland-pfälzischen Grünen sich heute gegen eine Brücke über den Mittelrhein aussprechen – sobald Klöckner und die CDU mit Ministerposten locken, ist das nach der Landtagswahl der Schnee von gestern.

Auch ein rot-grünes „Weiter so“ ist keine Lösung für unser Land. Die Landesregierung unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer verantwortet beispiellose Desaster: Der Nürburgring ist mit einigen hundert Millionen Euro der Bürgerinnen und Bürger zum Freizeitpark ausgebaut und nach dessen Scheitern für einen Bruchteil der Investitionssumme verkauft worden. Das nennt man Umverteilung von öffentlichen Steuergeldern in private Taschen. Die Flughäfen Hahn und

Zweibrücken sind aus unterschiedlichen Gründen ebenfalls Millionengräber, auch dort erhofft sich die Landesregierung durch Verkauf ein Ende mit Schrecken statt des derzeitigen Schreckens ohne Ende.

Die von der Landesregierung geplante Kommunalreform scheitert vor Gerichten und an der mangelnden politischen Vorbereitung in den betroffenen Kommunen. Die denkbar größte Klatsche kassierten Malu Dreyer und ihre Regierung, als der Verfassungsgerichtshof des Landes die Kommunalfinanzierung rundweg für verfassungswidrig erklärte. Bis heute bleibt die Landesregierung eine gesetzeskonforme, auskömmliche und krisenfeste Finanzierung der Städte und Gemeinden schuldig: Von den bundesweit zehn am höchsten verschuldeten Städten liegen fünf in Rheinland-Pfalz.

DIE LINKE bekennt sich zum Föderalismus, den wir als einen wichtigen Eckpfeiler der Demokratie betrachten. Deswegen bleiben wir dabei, dass die sogenannten Föderalismusreformen I und II, denen auch unsere Landesregierung zugestimmt hat, eine schleichende Aushöhlung dieses Prinzips sind. Wir wollen stattdessen Länder und Kommunen, die ihre verfassungsgemäßen Aufgaben wahrnehmen und das dafür erforderliche Geld erhalten.

Auch in Rheinland-Pfalz rächt es sich, dass die große Koalition in Berlin nach wie vor nicht bereit ist, Steuern für Wohlhabende, große Unternehmen und Finanzspekulanten zu erhöhen, um das Gemeinwesen und die Sozialversicherungen zukunftssicher zu finanzieren. Mit der gleichzeitig von CDU und SPD auf Bundesebene und in den Ländern eingeführten Schuldenbremse wird den öffentlichen Haushalten jeder Handlungsspielraum genommen: Die Einnahmen werden nicht verbessert, die Ausgaben dürfen nicht steigen. So haben CDU und SPD Handlungsunfähigkeit organisiert, so werden auch künftig wichtige öffentliche Aufgaben nicht erfüllt werden können.

Die Schuldenbremse als Verfassungsauftrag ist absurd und Ausdruck neoliberaler Menschenverachtung. DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, die Schuldenbremse wieder aus der rheinland-pfälzischen Landesverfassung zu streichen.

DIE LINKE will einen grundsätzlichen Politikwechsel, wir stehen nicht als Mehrheitsbeschaffer für eine Politik zur Verfügung, die erkennbar nicht den Interessen der Mehrheit der Menschen in unserem Lande dient.

DIE LINKE streitet für ein besseres, ein sozialeres, ein gerechteres Rheinland-Pfalz. Wir wollen, dass alle Menschen einen fairen Anteil an dem Reichtum erhalten, der in unserem Land erwirtschaftet wird. Wir wollen ein Land mit Städten und Gemeinden, die die wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge, der Bildung, der Gesundheitsfürsorge und des Sozialstaates, der öffentlichen Sicherheit und des Umweltschutzes, der Mobilität und der Kultur tatsächlich übernehmen können. Dafür braucht es Geld. DIE LINKE macht deshalb seit Jahren im Bundestag und in den Ländern Vorschläge, wie die anstehenden Aufgaben finanziert werden können, ohne die Steuerlast für die große Mehrzahl der Menschen zu erhöhen und ohne die Unternehmen in den Ruin zu treiben. Alleine die Wiederherstellung einer Steuerstruktur, wie sie vor ca. 25 Jahren beispielsweise noch mit einem höheren Spitzensteuersatz, einer Vermögenssteuer und einer gerechteren Unternehmensbesteuerung Realität war, würde den Bundesländern 25,6 Milliarden Euro

Mehreinnahmen bringen. Der Bund könnte rund 31 Milliarden Euro mehr einnehmen und auch die Kommunen würden mit gut 17 Milliarden Euro profitieren. Viel von dem, was wir heute als „alternativlosen Sparzwang“ diskutieren, ist nichts anderes als der Einnahmeverzicht der öffentlichen Haushalte. Sparsam wirtschaften ist gut – aber dies kann kein Ersatz für auskömmliche Einnahmen sein. Kein Unternehmen überlebt Dumpingpreise für seine Produkte auf Dauer – das gleiche gilt für unser Gemeinwesen: Staatliche Leistungen sind nur dann finanzierbar, wenn die Einnahmen stimmen.

Unser Wahlziel lautet: „6 Prozent plus X“

Unser Land hat großes Potenzial: Die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien, der sozial-ökologische Umbau der Industriegesellschaft, sanfter Tourismus in einer einmaligen Wein-, Kultur- und Naturlandschaft und die zivile Nutzung der Militärbasen sind nur einige Beispiele für sinnvolle politische Projekte, die wirtschaftliche Entwicklung, Mensch, Natur und Umwelt miteinander in Einklang bringen und unser Land für die Zukunft aufstellen. Denn Rheinland-Pfalz geht es dann besser, wenn ein politisches Umdenken einsetzt, gescheiterte Konzepte und Herangehensweisen beendet und neue Wege beschritten werden. Dafür braucht es eine starke LINKE im Landtag. Wir sind die politische Alternative zum politischen Einerlei der anderen Parteien.

Wir laden alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die vielen außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen ein, am 13. März 2016 für einen wirklichen Politikwechsel in Rheinland-Pfalz zu stimmen: Jede Stimme für DIE LINKE stärkt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der sozial Benachteiligten, der jungen Menschen und der Rentnerinnen, Rentner und der Menschen, die ambulante oder stationäre Pflegedienstleistungen benötigen.

Jede Stimme für DIE LINKE stärkt die Gewerkschaften, die Friedensbewegung und die Kommunen unseres Landes.

Für gute Arbeit, Frieden, soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie:

Sozial muss drin sein!

DIE LINKE in den Landtag!

Dafür steht DIE LINKE – in Rheinland-Pfalz und bundesweit

1) Gute Arbeit, faire Löhne, gesicherte Rente

DIE LINKE kämpft für gute, existenzsichernde Arbeit. Das Land darf Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die Tariflöhne zahlen, die Mitbestimmung der Belegschaften umsetzen und die vorgeschriebene Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung erfüllen. Wir wollen mehr Mitbestimmung durch Betriebs- und Personalräte, weniger mitbestimmungsfreie Betriebe und unterstützen die Gewerkschaften auch mit parlamentarischen Initiativen, dies zu erreichen. Ebenso wie die Einhaltung des Mindestlohns muss das kontrolliert werden. Denn faire Löhne verhindern Altersarmut und sichern die Rente sowie alle anderen Sozialversicherungsleistungen. Sie sind damit eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Herausforderungen des demographischen Wandels unserer Gesellschaft zu meistern. Die Ein-Euro-Jobs müssen unverzüglich abgeschafft und in einen öffentlichen Beschäftigungssektor umgewandelt werden.

2) Armut bekämpfen – gesellschaftliche Teilhabe und Versorgung sichern

Armut von Kindern und Jugendlichen ist der dramatischste Ausdruck der sozialen Schieflage in Deutschland und ein gesellschaftlicher Skandal. In Rheinland-Pfalz lebt fast jedes fünfte Kind unter 15 Jahren unterhalb der Armutsgrenze: Hartz IV ist Armut per Gesetz und muss deshalb weg! Wir wollen stattdessen eine sanktionsfreie, armutsfeste Mindestsicherung. DIE LINKE will ein gerechtes Gesundheitssystem für alle. Grundlage dafür ist die solidarische Bürgerversicherung, in die jede und jeder einzahlt und die für alle die nötigen medizinischen und pflegerischen Leistungen übernimmt. Wir wollen den Bildungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stärken, die Gebühren sozialer gestalten und die Kulturförderung des Landes und der Städte und Kreise ausbauen.

3) Gemeinsam lernen – gemeinsam (Vielfalt) leben

DIE LINKE will gute, kostenfreie und für alle zugängliche Bildungsangebote von der Krippe über die Ausbildung, das Studium bis hin zur lebenslangen Weiterbildung. Kitas sind Bildungseinrichtungen und müssen qualitativ weiterentwickelt werden, wir wollen das gemeinsame Lernen aller Kinder bei individueller Förderung bis zur 10. Klasse: eine Schule für alle mit Ganztagsangebot und kostenloser Hausaufgabenbetreuung. Wir wollen, dass die Beschäftigten im Bildungswesen endlich angemessen bezahlt werden und unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften im Kampf um bessere Löhne und Gehälter. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, dort muss Förderung ansetzen. Überkommene Rollenbilder lehnen wir ab, weder Staat noch Kirchen haben das Recht, Lebensformen vorzuschreiben oder zu zementieren.

4) Infrastruktur ausbauen – Wohnraum sichern

DIE LINKE will landesweit den ticketlosen Nahverkehr, finanziert aus Steuermitteln und einer Haushaltsabgabe, ähnlich wie bei Wasser und Abwasser. In ländlichen Regionen müssen Busse so verkehren, dass das Auto nicht länger zwingende Notwendigkeit bleibt. Wir wollen bedarfsorientierte Rufsysteme mit kleinen Fahrzeugen fördern und das Lohndumping bei

Busfahrerinnen und Busfahrern beenden. Statt großwahnsinniger Neubauprojekte wollen wir bestehende Straßen erneuern, wo dies nötig ist – so, wie es der Landesrechnungshof mit Recht fordert: Erhalt geht vor Neubau. DIE LINKE setzt sich für bezahlbaren Wohnraum ein und wird sich entschieden gegen alle Bestrebungen wenden, die finanziell schlechter gestellte Mieterinnen und Mieter aus einzelnen Stadtgebieten verdrängen (Gentrifizierung).

5) Ökologisch und regional

Wir wollen eine umweltverträgliche Landwirtschaft, die ihren Beitrag zur regionalen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und zum Erhalt der Kulturlandschaft leistet. Deshalb müssen Landwirte auch als Familienbetriebe von ihrer Arbeit leben können. Fracking wollen wir grundsätzlich untersagen. Wir wollen vorhandene Potenziale beim Anbau nachwachsender Rohstoffe nutzen. Der Wald ist ein besonders schützenswertes Gut. Er ist ein Garant für den Erhalt des Klimas, der Artenvielfalt bei Tieren, Pflanzen und Pilzen. Der Wald ist ein wichtiger Erholungsort für Menschen und nicht zuletzt ein kulturelles Erbe. Waldgebiete dürfen nicht länger zerschnitten werden, Ersatzaufforstung bleibt notwendig.

6) Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient

Die Schuldenbremse in der derzeitigen Form stranguliert das Land. Haushaltspolitik und Wirtschaft sollen den Menschen dienen – und nicht umgekehrt. Gute Arbeitsplätze brauchen eine funktionierende und florierende Unternehmensstruktur. Dafür bauen wir auf den Mittelstand und nicht zuallererst auf Großunternehmen. Die digitale Erschließung unseres Landes muss absolute Priorität haben und darf nicht länger vor allem Aufgabe des Bundes und der Kommunen bleiben. Wir wollen eine demokratische Wirtschaftsordnung, dazu gehört die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihren Unternehmen, die Förderung von Genossenschaften und die Rekommunalisierung zentraler Unternehmen der Daseinsvorsorge (Strom, Wasser, Wohnen), die bereits privatisiert worden sind.

7) Dezentral und regenerativ – unsere Energiepolitik

Neue Kohlekraftwerke und Müllverbrennungsanlagen wird es mit der LINKEN nicht geben. Wir fördern stattdessen Müllvermeidung und den Ausbau der stofflichen Wiederverwertung. DIE LINKE will den Atomausstieg unumkehrbar machen, und wir fördern deswegen die erneuerbaren Energien. Ohne die dezentrale Nutzung von Windkraft ist die Energiewende undenkbar, deswegen befürworten wir solche Anlagen an dafür geeigneten Standorten, vorzugsweise in öffentlich-rechtlichen oder genossenschaftlichen Eigentumsformen. Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz die bisherige De-facto-Monopolstellung der Energiekonzerne brechen und Erzeugung, Transport und Energieverteilung öffentlich-rechtlich und damit demokratisch organisieren. Wir befürworten bis zur Klärung der Risiken für Mensch, Natur und Umwelt ein Moratorium für die Nutzung von Geothermie.

8) Demokratische und transparente Strukturen für Bürgerinnen und Bürger

Wir setzen uns für den Ausbau der Bürgerrechte und die Absenkung der Hürden bei Bürgerentscheiden ein. Wir vertreten das Recht auf politischen Streik und wollen das Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre senken. Demokratie ist friedlicher Interessenausgleich, deswegen wollen wir mehr Demokratie wagen. Dazu gehört auch, den Verfassungsschutz abzuschaffen.

Recht zu bekommen ist zunehmend eine Frage des Geldbeutels: Wir wollen, dass insbesondere die finanziellen Hürden bei Verwaltungsgerichts- und Sozialgerichtsverfahren wieder gesenkt werden.

9) Für ein buntes und offenes Rheinland-Pfalz

DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass bekämpfen. Wir wollen allen Menschen, die politisch, aus Gründen des Geschlechts, des Alters, des sozialen Status, der Weltanschauung, der Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund von Behinderungen verfolgt werden, bei uns Schutz bieten, so wie es das Grundgesetz verlangt. Bund und Land müssen deshalb erheblich mehr Geld bereitstellen, damit unsere Städte und Gemeinden den derzeit steigenden Anforderungen gewachsen sind. Gerade in Regionen mit stark rückläufiger Bevölkerungsentwicklung ist Zuwanderung eine Chance, die es zu nutzen gilt. Wir machen uns im Bundesrat dafür stark, dass Flüchtlinge unabhängig von den Fluchtgründen aufgenommen werden.

10) Friedlich: hier und Überall

DIE LINKE ist die einzige Partei, die kompromisslos für Frieden steht. Wir befürworten multilaterale Sicherheitskonzepte auf gleichberechtigter Basis und wollen die Auslandseinsätze der Bundeswehr so schnell wie möglich beenden. Die in Büchel stationierten Atomwaffen müssen abgezogen und zerstört werden. Ramstein darf nicht länger in die Struktur weltweiter Drohnenmorde einbezogen werden. Das Konzept der Landesregierung zur Integration der Bundeswehr in Schulen steht dem Auftrag zur Friedensbildung entgegen: Kein Werben fürs Sterben!

Deswegen am 13. März: DIE LINKE wählen!

1) Gute Arbeit, faire Löhne, gesicherte Rente

DIE LINKE will gute Arbeit, gute Löhne und gute Renten, deswegen dürfen öffentliche Aufträge nur an tarifvertraglich gebundene Unternehmen mit existenzsichernden Arbeitsplätzen vergeben werden. DIE LINKE fordert weiterhin einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, der regelmäßig mit dem Produktivitätsfortschritt erhöht wird; die bisherigen Regelungen sind unzureichend. Sachgrundlose Befristungen müssen verboten, Zeitarbeit und Werkverträge eingedämmt werden. Leiharbeit darf nur im Zusammenhang mit Arbeitsspitzen möglich sein. Dauerpraktika ohne Vergütung sollen abgeschafft und durch sinnvolle und leistungsgerecht entlohnte Berufseinstiegszeiten ersetzt werden. Jugend- und familienfreundliche Betriebe, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, die besonders gut ausbilden, sind vom Land zu unterstützen – vor allem in den strukturell benachteiligten Regionen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik muss auf existenzsichernde und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze orientiert sein. Deshalb fordert DIE LINKE eine auf regionale Besonderheiten abgestimmte Politik, die auch in strukturell benachteiligten Gebieten möglichst viele gute Arbeitsplätze erhalten und zusätzlich neue Arbeitsplätze schaffen soll. Um der Landflucht entgegenzuwirken, müssen jungen Menschen vor Ort Perspektiven eröffnet werden: Ausbildungs- und Arbeitsplätze machen das Land attraktiv. Dies erfordert einen regionalisierten Landesentwicklungsplan für aktive Arbeitsmarktpolitik.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Ein-Euro-Jobs, Bürgerarbeit und ähnliches führen nicht zu guten Arbeitsplätzen. Wer von Erwerbslosigkeit und Armut betroffen ist, muss endlich wieder einzelfallbezogene, sanktionsfreie, soziale und materielle Unterstützung bekommen, die den Wiedereinstieg in die Arbeit unterstützt und ein diskriminierungsfreies Leben und uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft möglich macht. Um Massenaltersarmut zu vermeiden, muss die Landesregierung sich endlich gegenüber dem Bund dafür engagieren, das Rentenalter frei von Abschlägen und Kürzungen auf 65 Jahre zurückzuführen.

Die mit der Agenda 2010 eingeführten Verschlechterungen sind daher aufzuheben. Denn nach dem Arbeitsleben oder nach Eintreten dauerhafter Berufs- oder Arbeitsunfähigkeit muss man ohne Einbußen an Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabe von der Rente leben können. Die gesetzliche Grundversorgung der Menschen, deren Rentenansprüche dazu nicht ausreichen, ist bedarfsgerecht, solidarisch und sozial zu gestalten.

Die „Arbeitsmarktreformen“ der letzten Jahre haben zu Armutslöhnen, Hartz-IV-Aufstockern, einer Zunahme der prekären Beschäftigung, dem Rückgang der Lohnquote und zur Erosion des Tarifgefüges geführt. Letztendlich dienen die „Hartz-Gesetze“ dazu Stammebelegschaften zum Verzicht auf Arbeitnehmerrechte, Lohn- und Gehaltszuwächse oder Vergütungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu zwingen.

Das sogenannte Tarifeinheitsgesetz ist verfassungswidrig und muss sofort außer Kraft gesetzt werden. Es hindert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der freien Auswahl ihrer Interessenvertretung, gefährdet die Tarifautonomie und die Existenz kleinerer Gewerkschaften.

Arm trotz Arbeit – darunter leiden auch in Rheinland-Pfalz mehr und mehr Menschen. Rund ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitet in sogenannten „atypischen“ Beschäftigungsformen – mit weiterhin steigender Tendenz. Hierzu gehören die befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden. Das von Bundes- und Landesregierung gepriesene „Jobwunder“ und die gesunkene Arbeitslosenquote verschleiern den Blick auf die Wirklichkeit: Neue Arbeitsplätze sind auch in Rheinland-Pfalz fast ausschließlich dadurch entstanden, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse in Mini- und Midi-Jobs gesplittet wurden. Wo früher eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer in Vollzeit beschäftigt war, arbeiten heute mehrere Mini-Jobber oder Teilzeitbeschäftigte. Dies widerspricht unserem Grundsatz, dass Arbeit existenzsichernd sein muss. Dieser Grundsatz unterstreicht nicht nur den sozialen Charakter unserer Arbeitsmarktpolitik, sondern hat auch wirtschaftliche Gründe: Volkswirtschaftlich betrachtet sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse in besonderem Maße unproduktiv, denn sie müssen über indirekte Lohnzuschüsse aus Steuermitteln aufgestockt werden und bringen keine entsprechenden Rückflüsse in die sozialen Sicherungssysteme. Dies gefährdet langfristig und dauerhaft die Finanzierung von Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung.

Zukunftsfeste Renten

Heute erreichen immer mehr Männer und Frauen ein hohes Alter und sind nach dem Ausscheiden aus dem Beruf länger gesund, aktiv und autonom. Dies ist eine der großen Leistungen der Zivilisation und ein gesellschaftlicher Reichtum, der bewahrt und gestärkt werden muss.

Demgegenüber sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner arm: Nach einer Studie des VdK muss die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner in Rheinland-Pfalz schon heute mit weniger als 710 Euro Altersrente auskommen. Diese Situation wird sich in den kommenden Jahrzehnten noch deutlich verschärfen.

DIE LINKE steht für ein anderes Bild des Alters und Alterns: Menschen werden als aktive, mitverantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Ganz entschieden tritt DIE LINKE Vorstellungen entgegen, Jugend und Jugendlichkeit sei per se eine höher zu bewertende Eigenschaft als Alter und Lebenserfahrung. Dieses von der profitorientierten Konsumgesellschaft entworfene Zerrbild hat zu einer Altersdiskriminierung bisher unbekanntes Ausmaßes geführt. Das Interesse Älterer an gesellschaftlichem Engagement und die darin liegenden Potenziale des Alters für die Gesellschaft müssen zum Tragen kommen und werden in allen gesellschaftlichen Bereichen dringend benötigt. Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenständigen Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten. Die Politik muss die Rahmenbedingungen sicherstellen, in denen Ältere aktiv sein können. Dazu gehört die Absicherung der Gesundheitsversorgung, der Sozialstruktur und Barrierefreiheit ebenso wie die Möglichkeiten aktiver Teilhabe.

Unabhängig von Krisen und Konjunkturaufschwüngen sind in Rheinland-Pfalz viele Menschen arbeitslos, oft auf Dauer. Insbesondere in den strukturschwachen Regionen in der Westpfalz, im Hunsrück, in der Eifel und im Westerwald – dort ist die Arbeitslosigkeit zum Teil dramatisch. Gleichzeitig wird gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht getan, weil sie keinen finanziellen Profit abwirft. Dem wirkt ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) entgegen. Er bietet insbesondere Langzeitarbeitslosen, gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und

älteren Arbeitsuchenden eine Perspektive. Forderungen und Vorschläge zur Entwicklung dauerhaft öffentlich finanzierter Beschäftigung wurden vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), von Einzelgewerkschaften des DGB, dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Arbeiterwohlfahrt und vielen weiteren Institutionen und Verbänden gemacht. Öffentlich geförderte Beschäftigung ist ein neues Segment zwischen Staat und Markt, das durch öffentliche Nachfrage und private Initiative geschaffen wird. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor ist kein zweiter oder dritter Arbeitsmarkt, denn im Gegensatz zu deren instabilem, befristetem und diskriminierendem Charakter sollen dort Beschäftigungsverhältnisse entstehen, die auf Dauer angelegt sind und nach Tarif bezahlt werden. Mit dem ÖBS wird ein neuer ziviler Sektor zwischen Produktion und Dienstleistung geschaffen, der sich an gemeinwirtschaftlichen Zielen und am Gemeinwohl der Menschen orientiert.

Unzählige Aufgaben im sozialen Bereich, in der Kinder- und Jugendarbeit, im Kultur- und Freizeitbereich sowie bei der ökologischen Sanierung können so erledigt werden, womit der ÖBS das Spektrum der öffentlichen Dienstleistungen insgesamt erweitern und damit der Verschlechterung des ökologischen, sozialen und kulturellen Standards in unserer Gesellschaft entgegenwirken kann. Die öffentliche Infrastruktur ist ebenso erneuerungsbedürftig wie das Netz der sozialen und kulturellen Dienstleistungen. Der ÖBS leistet damit nicht nur einen Beitrag zur sozialen und ökologischen Umgestaltung der Industriegesellschaft, sondern auch zur Veränderung unserer gesamten Lebensweise.

Mit der Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit 8 000 tariflich abgesicherten Dauerarbeitsplätzen sollen insbesondere in Gebieten mit hoher und dauerhaft anhaltender struktureller Erwerbslosigkeit Perspektiven für Langzeiterwerbslose geschaffen werden. Der ÖBS soll sich dabei auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in Bereichen beschränken, die aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht von der Privatwirtschaft abgedeckt werden, weil Profite nicht oder kaum erwirtschaftet werden können. Die Finanzierung des ÖBS erfolgt aus Steuergeldern, Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), Eigenfinanzierungsanteilen und Mitteln der Bundesagentur für Arbeit. Passivleistungen wie das Arbeitslosengeld II (ALG II) sind dafür gesetzlich als Finanzierungsmöglichkeit der aktiven Beschäftigungsförderung zuzulassen, wenn grundsätzlich ALG-II-Berechtigte im ÖBS tätig werden. Dafür soll sich das Land Rheinland-Pfalz erneut im Bundesrat einsetzen, nachdem bisherige Bemühungen gescheitert sind. Ziel muss ein gemeinsamer Gesetzentwurf der Länder zur Aktivierung von Passivleistungen sein.

DIE LINKE sieht im Erhalt und der Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze, im sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, in einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sowie in der gleichberechtigten Teilhabe aller am Arbeitsmarkt die grundlegenden Ziele der Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftsstruktur in Rheinland-Pfalz ist kleinteilig, die meisten Unternehmen haben weniger als zehn Beschäftigte. Wirtschaftsförderung muss sich nicht zuletzt deshalb auf solche Unternehmen konzentrieren, weil sie mit Abstand die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitstellen.

Strategisch relevante Unternehmensentscheidungen müssen zum Gegenstand der Mitbestimmung werden, damit Betriebs- und Personalräte in diesen Sachverhalten auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern verhandeln. Wir wollen eine dahingehende Reform des

Landespersonalvertretungsgesetzes und fordern, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene für entsprechende Reformen des Betriebsverfassungsgesetzes sowie des Mitarbeitervertretungsgesetzes einsetzt.

Wir sehen für Rheinland-Pfalz bei einer entsprechenden Politik gute Chancen, Vorreiter für ein nachhaltiges Wirtschaften zu werden. Dabei geht es im Kern um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und Förderung regionaler Wertschöpfung sowie die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und Zukunftsbranchen. Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem in den Bereichen Klimaschutz und Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge, in der Kultur und im Tourismus. Langfristige Potenziale sehen wir vor allem in den wissens- und forschungsbasierten Bereichen.

DIE LINKE in Rheinland-Pfalz fordert:

- 10 Euro gesetzlichen Mindestlohn als grundsätzliche Voraussetzung für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Land und Kommunen. Der Mindestlohn ist kontinuierlich an den Produktivitätsfortschritt anzupassen.
- ein Vergabegesetz, das allgemeinverbindlichen Tarifverträgen Vorrang einräumt, wenn diese höhere Löhne als den Mindestlohn im Vergabegesetz vorsehen
- Leih- und Zeitarbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mit mindestens 110 Prozent des Tariflohns zu vergüten. Dies schafft Anreize, Leih- und Zeitarbeit auf saisonale Auftragspitzen zu beschränken.
- verbesserten Kündigungsschutz und das gesetzliche Verbot sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverträgen und von Dauerpraktika ohne Vergütung
- Wir fordern die Einführung eines Verbandsklagerechts für Gewerkschaften. Dies nähme den Druck von einzelnen Beschäftigten, die gegen das Unterlaufen von Tarifverträgen in ihrem Betrieb klagen wollen.
- Für die Durchsetzung von Mindestlohnansprüchen muss die Beweislast umgekehrt werden und müssen die Arbeitgeber den Beweis führen, welche Stunden tatsächlich geleistet wurden.
- Wir wollen die Mitbestimmung bei Landesbediensteten stärken, indem wir das Landespersonalvertretungsgesetz reformieren.
- die Einführung von leistungsgerecht entlohten Berufseinsteigerzeiten als Ersatz für berufliche und studentische Praktika (Dauerpraktika). Betriebliche Praktika werden auf die schulischen Erfordernisse und für Schülerinnen und Schüler vorgeschriebenen Zeiten beschränkt.
- einen regionalisierten Landesentwicklungsplan für aktive Arbeitsmarktpolitik und

Bedarfsermittlung im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor

- ein Aktionsprogramm für 8 000 tarifliche Dauerarbeitsplätze im Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS)
- Reformen, um Betriebs- und Personalräten sowie Mitarbeitervertretungen ein Mitbestimmungsrecht bei unternehmerischen Entscheidungen zu geben
- die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und aller Einkunftsarten in die gesetzliche Rentenversicherung
- die schrittweise Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und ihre langfristige Abschaffung
- die Rücknahme der Rente mit 67 und die Streichung von Kürzungsfaktoren
- die solidarisch finanzierte, bedarfsorientierte Mindestrente.

2) Armut bekämpfen – gesellschaftliche Teilhabe und Versorgung sichern

Kinderarmut bekämpfen

Armut ist der dramatischste Ausdruck der sozialen Schieflage in Deutschland, und gerade die Verarmung von Kindern und Jugendlichen ist ein Skandal. Während das Vermögen der Reichen immer weiter wächst, lebt fast jedes fünfte Kind in Rheinland-Pfalz in Armut. Diesen Kindern und vielen Jugendlichen ist gesunde Ernährung, gute Kleidung, ausreichender Wohnraum, Teilhabe an Bildung und sinnvoller Freizeitgestaltung verwehrt oder nur sehr eingeschränkt möglich. Mit Recht haben viele Kinder das Gefühl, von einer reichen Gesellschaft benachteiligt und um elementare Rechte betrogen zu werden.

Da unser Bildungssystem auf Ausgrenzung setzt und nicht alle Kinder gemäß ihren Fähigkeiten und Schwächen fördert, haben Kinder aus armen Familien erheblich schlechtere Chancen, einen guten Schulabschluss zu erreichen oder gar studieren zu können.

Die Armut der Eltern ist die Armut ihrer Kinder. Nach wie vor wird in vielen Familien Armut in die nächste und übernächste Generation weitervererbt. DIE LINKE wird sich deshalb für ein flächendeckendes System kommunaler Schulbeihilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche einsetzen. Darüber hinaus können Sozialtarife bei der Energieversorgung für eine finanzielle Entlastung armer Familien sorgen. Dazu sollen die rheinland-pfälzischen Energieversorger gesetzlich verpflichtet werden. Kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe für arme Kinder kann gewährleistet werden, indem allen Kindern bis 16 Jahre grundsätzlich freier Eintritt zu Freizeit- und Kultureinrichtungen gewährt wird. Alle Kinder und Jugendlichen sollen in Kita, Schule und Ausbildung ein kostenloses Mittagessen erhalten. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, die Auswirkungen von Kinderarmut zu lindern und die soziale Absicherung, insbesondere von jungen Menschen in Ausbildung, zu garantieren. Wir schlagen die Einführung eines Landesausbildungsentgeltes zur Finanzierung überbetrieblicher Ausbildung vor. Auf Bundesebene fordern wir eine Kindergrundsicherung, die Anhebung des Kindergeldes, die Einführung eines Mindestausbildungsentgeltes und eine repressionsfreie und existenzsichernde Grundsicherung für junge Menschen.

Zentrales Instrument einer landesweiten Jugendsozialpolitik ist die Stärkung und bedarfsgerechte Ausstattung der Jugendarbeit, -verbandsarbeit und -sozialarbeit, die für uns zur Daseinsvorsorge gehören.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf aktive Teilhabe am öffentlichen Leben. Sie müssen in die Lage versetzt werden, nicht nur auf dem Schulweg, sondern auch zur Freizeitgestaltung mobil zu sein. Daher muss für sie der öffentliche Personennahverkehr auch außerhalb der Schulzeiten durch Kostenübernahme der Schulträger kostenfrei zur Verfügung stehen.

Gesundheit ist keine Ware

DIE LINKE will die Gesundheitsversorgung in Stadt und Land mit allen präventiven, therapeutischen, palliativen und nachsorgenden Diensten in guter Qualität für alle flächendeckend sicherstellen. Ein demokratisches, öffentlich-rechtliches Gesundheitssystem soll ausschließlich den

Menschen dienen und sie unabhängig von Herkunft, Einkommen und gesellschaftlichem Status behandeln. DIE LINKE lehnt deshalb die Gewinnmaximierung auf Kosten der Patientinnen und Patienten und den kontraproduktiven Träger- und Berufsständeegoismus ab. Dem drohenden Ärzte- und Fachärztemangel, besonders im ländlichen Bereich, muss durch den Aufbau medizinischer Versorgungszentren und die notwendigen Transportmöglichkeiten entgegengewirkt werden. Die Mehrheit der gesetzlich Versicherten darf nicht zu Gunsten von gewinnbringenden Privatpatientinnen und -patienten nachrangig oder schlechter behandelt werden. Wir stehen für den Erhalt und die gesicherte Finanzierung der Krankenhäuser unter kommunaler Verantwortung und lehnen weitere Klinikschließungen und die weitere Ausbreitung von privaten Krankenhausketten kategorisch ab. Gesundheit ist keine Ware und kein Betätigungsfeld für Gewinninteressen, sondern gehört zu den originären und nicht abtretbaren Pflichtaufgaben des Staates. Das Konkurrenzverhalten sogenannter freier Träger im Rettungs- und Krankentransportwesen beeinträchtigt in unverantwortlicher Art und Weise die schnelle und effektive Versorgung von Kranken und Unfallopfern. Auch in diesem Bereich strebt DIE LINKE eine Rekommunalisierung und Rücknahme der Privatisierung an. Wir verlangen die grundsätzliche Neuordnung und Demokratisierung des Gesundheitswesens und die landesgesetzliche Schaffung demokratischer Strukturen vor Ort und in den Regionen auf Basis unmittelbar zu wählender Mitbestimmungsorgane.

Zweiklassen-Medizin abschaffen

DIE LINKE kämpft für die Rechte der Patientinnen, Patienten und Versicherten. Bestrebungen zur Rationalisierung und Kommerzialisierung im Gesundheitssystem erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen den solidarischen Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten und ausbauen. Die in Deutschland herrschende Zwei-Klassen-Medizin kritisieren wir aufs Schärfste. Wir wollen, dass jede und jeder alle medizinisch notwendigen Leistungen von der Krankenkasse bezahlt bekommt. Die aktuell geltenden Fallpauschalen behindern eine individuelle medizinische Behandlung, und gerade ältere und mehrfach Erkrankte fallen aus dem Rahmen. Jeder Mensch hat das Recht, in seiner Region medizinische und pflegerische Betreuung zu erhalten; die Unterversorgung der ländlichen Gebiete werden wir bekämpfen. Das ganze Gesundheitssystem darf nicht dem Diktat des Profits unterworfen werden, es ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Finanzierung muss solidarisch und nach dem Umlageprinzip erfolgen.

Die Preise für Arzneimittel dürfen sich nicht am maximalen Profit orientieren. Wir brauchen eine unabhängige, bedarfsorientierte und transparente Forschung. Alle Studienergebnisse müssen öffentlich gemacht werden. Eine flächendeckende, in angemessener Zeit erreichbare Versorgung mit Arztpraxen und Krankenhäusern ist zu gewährleisten. Die Integrierte Versorgung nach dem Vorbild von Polikliniken und bereits bestehenden medizinischen Versorgungszentren muss weiter entwickelt, kommunale Gesundheitsdienste müssen ausgebaut werden. Privatisierungen und Teilprivatisierungen der kommunalen Krankenhäuser und Kliniken lehnen wir kategorisch ab!

Die Krankenhausfinanzierung seitens des Landes ist deutlich zu erhöhen und bedarfsgerecht auszubauen. Die Versorgung im Bereich der Krankenhäuser ist in Rheinland-Pfalz regional stark unterschiedlich. Insbesondere auf dem Land ist die Bettenzahl pro 100 000 Einwohner oft deutlich geringer als in der Stadt. In einigen Kreisen ist die notärztliche Versorgung nur noch mit dem

Hubschrauber aus der nächsten Stadt möglich. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es einen klaren Trend zu großen, privatwirtschaftlich betriebenen Krankenhäusern. Die Zahl der kleinen und kommunal betriebenen Krankenhäuser wurde hingegen kontinuierlich verringert. Es besteht die Gefahr, dass in strukturschwachen Gebieten die flächendeckende Versorgung mit allen Leistungen nicht mehr gewährleistet werden kann.

Um dem wachsenden Problem des Landarztmangels zu begegnen, schlägt DIE LINKE eine Bündelung aller Programme auf Bundes-, Landesebene und der Krankenkassen vor, um in Bedarfsregionen die Anschubfinanzierung für die Gründung von medizinischen Versorgungszentren oder Landarztpraxen zu gewährleisten. Dafür bieten Landambulatorien und Bereitschaftspraxen an den Krankenhäusern die Möglichkeit. In diesen Praxen sollen Räume zur Verfügung gestellt werden, in denen Ärzte und Therapeuten Behandlungszeiten anbieten können, ohne dafür eine eigene bzw. zusätzliche Praxis einrichten zu müssen. Gerade im ländlichen Bereich sind Hebammen ein unabdingbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung und unersetzlich für die Betreuung von schwangeren Frauen. Das Betätigungsfeld der Hebammen ist bei weitem nicht auf die reine Geburtshilfe beschränkt, sondern umfasst die gesamte Vor- und Nachsorge Schwangerer. Hebammenleistungen werden so niedrig vergütet, dass die Hebammen bereits durch geringe Kostensteigerungen an den Rand ihrer Existenz gedrängt werden. Insgesamt ist ein ganzer Berufsstand qualifizierter und hochmotivierter Hebammen und Entbindungspfleger existenziell gefährdet. Schon lange Zeit weisen die Hebammen auf ihre missliche finanzielle Situation und die enormen Belastungen durch steigende Haftpflichtprämien hin. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Versicherungspflicht für Hebammen sozial verträglich gestaltet wird und ihre Leistungen angemessen vergütet werden. Insgesamt müssen alle nichtakademischen Heilberufe aufgewertet werden. Gerade bei älteren und chronisch Kranken leisten diese wichtige Dienste.

Menschenwürdige Pflege

Wir wollen eine menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete Pflege und Betreuung organisieren und sie gerecht und solidarisch finanzieren. Wer die Finanzierung in Gesundheit und Pflege anspricht, darf Lohndrückerei – besonders in der Pflege – nicht verschweigen. Wir brauchen eine ausreichende Finanzierung – und dazu gehören gerechte Löhne. Auffällig ist, dass mehr als 40 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen tätig sind: Minijobs und Teilzeitstellen sind auf dem Vormarsch. In den „Gesundheitsberufen“ sind, wenn man von den Ärzten absieht, überwiegend Frauen tätig. Wir brauchen mehr Stellen in der Pflege und eine spürbare Aufwertung des Berufsbildes. Der Beruf der Pflegerin bzw. des Pflegers muss mehr Anerkennung erhalten und höhere Löhne für die Beschäftigten bedeuten. Der Bedarf an Pflegekräften wird in den nächsten Jahren stark ansteigen. Die vorhandenen Bemessungsinstrumente reichen nicht aus. Wir setzen uns für einen höheren Fachkräfteschlüssel in der Pflege und die Gewährleistung hoher Qualitätsstandards ein. Notwendig sind eine qualitativ und quantitativ ausreichende Zahl von Pflegefachkräften und die Überarbeitung der Ausbildungsinhalte, bei denen das Qualitätsmanagement stärker in den Mittelpunkt rücken soll. Azubis müssen über ihre Rechte aufgeklärt werden und dürfen nicht ausgebeutet und unter Tarif vergütet werden. Auch der Selbstschutz und die Burnoutprophylaxe müssen stärker Thema in der Ausbildung sein. Informationen über Pflegedienstleistungen sollen in sozialen Informationszentren gebündelt und kompakt an Interessierte und Angehörige weitergegeben werden.

DIE LINKE lehnt eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung ab. Wir sind für den Erhalt, den Ausbau und die Weiterentwicklung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung.

Kultur für alle

Die Künste, kulturelle Bildung und die Erinnerungskultur sind Grundlagen einer lebendigen Demokratie. DIE LINKE will die bisherige Vielfalt erhalten und allen Menschen die Teilhabe an Kultur ermöglichen. Kultur für alle von Anfang an! Rheinland-Pfalz hat eine reiche, vielgestaltige kulturelle Szene: Theater, Museen, Bibliotheken, Musikschulen, Jugendzentren und zahlreiche kulturelle Projekte von Vereinen und Verbänden. Diese kulturelle Vielfalt ist gefährdet.

In den vergangenen zehn Jahren fand in Rheinland-Pfalz ein Kulturkahlschlag statt. Das Land hat sich aus der Kulturpolitik zurückgezogen und die Aufgabe dezentral den Kommunen übertragen. Die Kommunen können die Aufgabe, eine umfassende Kulturförderung in allen Bereichen zu realisieren, gar nicht leisten. DIE LINKE fordert deshalb, dass Kultur nicht nur in der Landesverfassung geschützt ist, sondern als Pflichtaufgabe deklariert wird. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik, da sie die Werte unserer Gesellschaft kritisch hinterfragt. Das Land muss einen Aktionsplan erstellen, der Kulturgüter barrierefrei macht. Aber auch Menschen mit niedrigem Einkommen darf die Teilhabe an Kulturgütern nicht verwehrt bleiben. Die Einführung eines landesweiten Kulturtickets, das Menschen mit niedrigem Einkommen kostengünstigen Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen ermöglicht, ist unsere Forderung. DIE LINKE tritt dafür ein, den Kulturkahlschlag zu beenden, Kulturinstitutionen ausreichend zu finanzieren und die Arbeitsbedingungen im Kulturbereich so zu verbessern, dass Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit leben können. Neben den Institutionen soll auch die „Freie Szene“ mit ihren Kunst- und Kulturschaffenden, die ohne eine Kulturinstitution im Hintergrund arbeiten, gefördert werden. Hier sollen vom Land Kulturstipendien ausgeschrieben werden, die Künstlerinnen und Künstler fördern und ihnen die Möglichkeit eröffnen, Fuß zu fassen. Überall dort, wo Kulturleitlinien in den Kommunen diskutiert wurden, konnten die Einwohner in der Kulturpolitik mitwirken und Kulturförderung transparent mitgestalten. Dafür wollen wir uns einsetzen. Es hat sich gezeigt, dass Kulturschaffende und Einwohner nicht an einer Liberalisierung von Kultur, sondern an einer stärkeren Vernetzung von Kultur, Bildung, Sozialem und Wirtschaft interessiert sind. Dies schafft ein besseres Lebensgefühl, eine Kultur des Miteinanders und ermöglicht, Kultur als harten Wirtschaftsfaktor im Bereich Tourismus und Einzelhandel zu fördern.

Für eine fortschrittliche, realitätsbezogene und präventive Drogenpolitik

Vom Staat illegalisierte Drogen werden trotz Verbot gehandelt und konsumiert. Ihr Missbrauch kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden und menschlichen Tragödien führen. Ein kontrollierter, mäßiger Drogengenuss kann eine solche Fehlentwicklung verhindern oder zumindest abfedern. Die Einteilung in legalisierte und illegalisierte Drogen sagt nichts über deren Gefährlichkeit aus. Im Gegenteil: Nikotin und Alkohol schaden der Gesundheit weit mehr als alle illegalisierten Drogen zusammen. Die gesellschaftliche und politische Verharmlosung legalisierter Drogen ignoriert, dass in Deutschland besonders Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenmissbrauch verbreitet sind. Wir fordern daher ein Verbot von Alkohol-, Nikotin- und Medikamentenwerbung in allen Medien, ausgenommen sind Fachmedien.

Die Verbreitung von Rausch- bzw. Genussmitteln so niedrig wie möglich zu halten, ist ein vernünftiges gesellschaftliches Ziel, an dem wir festhalten. Tatsächlich nehmen Menschen seit Jahrtausenden Drogen und sind auch durch Verbote nicht davon abzuhalten. Drogenkonsumenten als Kriminelle zu betrachten, verhindert jede sinnvolle Drogenpolitik. Die Dämonisierung und Kriminalisierung von Drogen verfehlt gerade auch bei Jugendlichen das behauptete Ziel der Abschreckung. Eine Drogenpolitik muss zu einer präventiven, sachlichen und glaubwürdigen Aufklärung über die Wirkung und Risiken von Drogen beitragen. Dazu gehört auch eine allgemeine Aufklärung über nicht stofflich gebundene Süchte. Auch Glücks- und Internetspiele können abhängig machen. Abhängige sind nicht kriminell, sondern weit eher krank! Wir streiten für eine Drogenpolitik, in der ein Schwerpunkt auf eine sachliche, wissenschaftlich fundierte Prävention und nicht auf Strafverfolgung gelegt wird. DIE LINKE setzt sich für eine humane und rationale Drogenpolitik ein. Dazu gehören Präventions- und Informationsangebote sowie akzeptanzorientierte, barrierefreie, therapeutische Hilfen. Der Drogenmissbrauch muss entkriminalisiert werden, damit den Konsumenten frühzeitig optimal geholfen werden kann. DIE LINKE setzt sich für eine Abschaffung des Cannabisverbotes und eine staatliche Regulierung des Cannabismarktes, unter Gewährleistung des Jugendschutzes und nach dem Vorbild der Niederlande, ein. Wir kämpfen außerdem dafür, dass Cannabis bei bestimmten Krankheiten, bei denen es keine gleichwertige therapeutische Alternative gibt, als Arzneimittel zugelassen wird und der Besitz von Cannabisprodukten bis 10 Gramm straffrei bleibt. Um Konsumentinnen und Konsumenten vor gefährlichen Verunreinigungen zu schützen, setzen wir uns für Drug-Checking-Projekte ein, insbesondere bei sogenannten Party-Drogen.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- eine eigenständige Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen, die Kinder- und Jugendarmut verhindert
- die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zum festen Bestandteil der Leistungen für Kinder und Jugendliche zu machen – ohne zusätzliche Antragstellung. Nicht abgerufene Bundesmittel fließen in den Ausbau der Jugendhilfe-Infrastruktur oder in Jugendfreizeitprojekte.
- eine wesentlich bessere Finanzausstattung der Jugendhilfe
- den Ausbau der Schulsozialarbeit und deren Förderung aus Landesmitteln
- mehr Stellen im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Freiwilligen Ökologischen Jahres
- die Förderung von Medizinstudierenden und Quereinsteigern, die sich für eine mehrjährige Tätigkeit auf dem Land verpflichtend entscheiden
- einen flächendeckenden, kostenfreien Patientenbus, um kranken Menschen das Aufsuchen von medizinischen Versorgungszentren oder Fachärzten in größeren Städten oder

Krankenhäusern zu ermöglichen

- die Verbesserung der Gesundheitserziehung in den Kindertagesstätten und Schulen und den Ausbau von Beratungsangeboten für Erwachsene
- einheitliche Standards zur Personalbemessung in der Pflege und eine deutliche Erhöhung des Personalschlüssels
- Pflegestützpunkte in kommunaler Trägerschaft, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Selbsthilfeeinrichtungen. An der Pflegeberatung sind weder die Kassen noch Anbieter von Pflegeleistungen zu beteiligen.
- sechs Wochen bezahlte Pflegezeit für Angehörige
- das Prinzip »ambulant vor stationär« systematisch umzusetzen und die Beantragung von Pflegegeld zu entbürokratisieren
- den Ausbau der Förderung von generationenübergreifenden Wohnprojekten
- die wohnortnahe geriatrische Rehabilitation sicherzustellen
- Die Krankenhausmitfinanzierung der Kommunen ist in der Art neu zu gestalten, dass der in der Schlüsselzuweisung an die Landkreise und kreisfreien Städte enthaltene Pro-Kopf-Betrag vom Land direkt in die Krankenhausförderung einfließt.
- den Ausbau der Schwangerschaftskonfliktberatung
- Besserer Schutz für Opfer häuslicher Gewalt spielt dabei eine wesentliche Rolle. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Frauenhäuser und -schutzwohnungen müssen gesichert und, wo nötig, ausgebaut werden. Zahlungen für Frauenhäuser müssen weg von freiwilligen Leistungen des Landes und der Kommunen hin zu anerkannten Pflichtaufgaben unter Beteiligung aller – auch des Bundes.
- die Einrichtung von Sozial- und Gesundheitszentren für soziale und medizinisch-pflegerische Dienstleistungen in einem Ort pro Verbandsgemeinde
- die Sicherung des gemeindlichen Brandschutzes. Die Feuerwehren der Kommunen müssen entsprechend ausgestattet, ausgebildet, einsatzbereit und finanziert sein.
- Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Moderne Verbraucherpolitik ist für uns in erster Linie vorsorgend. Wir wollen ein ausreichendes Budget für die Verbraucherzentrale und ihre Beratungsstellen in der Fläche sicherstellen und fordern, dass die Lebensmittelkontrolle bundesweit durch einheitliche Standards sichergestellt wird.
- Kultur als Grundstein für Demokratie zu verstehen: Kultur schafft Toleranz, Selbstvertrauen

und ist Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen eine nachhaltige Kulturförderung durch ein Kulturfördergesetz, Kultur muss kommunale Pflichtaufgabe werden.

- die Förderung von Jugendkunstschulen, Musikschulen, Kinder- und Jugendtheatern und anderen künstlerischen Projekten und Initiativen. Sie leisten einen erheblichen Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und sind wichtige Bausteine der gesellschaftlichen Teilhabe.
- historische Gebäude, Schlösser, Burgen, Parks und Gärten als Zeitzeugen kulturhistorischer und gesellschaftlicher Epochen zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daher setzen wir uns für eine Erhöhung der Mittel für die Denkmalpflege und für den Ausbau der personellen Ressourcen und der Forschungskapazitäten ein.
- den Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunksender zu stärken und die Rundfunkgebühren sozialer zu gestalten. Wir setzen uns für die langfristige Unterstützung der Strukturen der Bürgermedien, weiterer alternativer Formen selbstorganisierter Medienprojekte und der lokalen TV-Anbieter in Rheinland-Pfalz ein.
- die Vermittlung von Medienkompetenz und des sozial verantwortlichen Umgangs mit Medien ab dem Kindesalter und die stärkere Einbindung von Internet und digitalen Medien in den Bildungs- und Schulalltag
- Kinder und Jugendliche sind vor Rechtsextremismus, Rassismus, Hetz- und Hassschriften sowie vor Konsumterror und Pornografisierung im Internet und in den sogenannten sozialen Netzwerken zu schützen.
- kostenlose Zugangsmöglichkeiten für alle jungen Menschen zum Internet im Rahmen der Ausbildung. Der kostenlose Zugang und offene Austausch von digitalen Lehr- und Lernmitteln nach »Open-Educational-Ressources«-Standards soll sichergestellt werden.
- Wir sehen Sportförderung als Pflichtaufgabe der Kommunen, die den Breitensport u.a. über die Zusammenarbeit von Vereinen und Schulen ermöglichen müssen. Hier stehen auch Land und Bund in der Pflicht, durch finanzielle und ideelle Fördermaßnahmen den Breiten- und Schulsport zu erhalten und auszubauen.
- Wir fordern ein Landesprogramm für die Sanierung von Turn- und Schwimmhallen sowie Sportplätzen im ländlichen Raum und eine bessere finanzielle Förderung für notwendige Neubaumaßnahmen.

3) Gemeinsam lernen – gemeinsam leben

Wir setzen uns für die Einführung der Gemeinschaftsschule ein, einer Schule für alle Kinder, die Lernen ab der ersten Klasse als Prozess der Entwicklung von Kindern zu urteilsfähigen, selbstbestimmten Erwachsenen versteht. Wir wollen Schulen, die behinderte und nichtbehinderte Menschen individuell fördern, die als Ganztagschulen Lern- und Lebensraum bieten.

Das längst überholte, gegliederte Schulsystem, das Kinder aus einkommensschwächeren Verhältnissen benachteiligt, muss abgelöst werden. Denn ein gerechtes Schulsystem fördert alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und der finanziellen Situation ihrer Eltern allein nach ihren Begabungen und Bedürfnissen. Nach Klasse 10 erlangen alle Schülerinnen und Schüler den gleichen und landesweit einheitlichen Bildungsabschluss Mittlere Reife. Die Gemeinschaftsschule stellt darüber hinaus ein der bisherigen gymnasialen Oberstufe vergleichbares Kursangebot zur Verfügung, in dem Schülerinnen und Schüler nach drei Jahren die allgemeine Hochschulreife erlangen können.

Wir setzen uns für eine umfassende Demokratisierung der Schulen und Hochschulen ein. Dies bedeutet auch eine Ausweitung der demokratischen Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler sowie der Studierenden bei Entscheidungen, die sie direkt betreffen.

DIE LINKE fordert eine konsequente Begrenzung von Unterrichtsausfallzeiten in allen Schularten und –formen. Um den Lehrerinnen- und Lehrermangel zu bekämpfen, verlangen wir die Rücknahme der Streichung von 2 000 Planstellen und mindestens 1 500 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogische Fachkräfte und zusätzliche Stellen an berufsbildenden Schulen und Förderschulen. Die skandalöse Praxis der rot-grünen Landesregierung, Lehrerinnen und Lehrer nur befristet zu beschäftigen und in den Sommerferien in die Arbeitslosigkeit zu schicken, muss ein Ende haben. Die ungenügende Vertretungsreserve für temporär ausfallende Lehrkräfte muss endlich ausgebaut und die Fort- und Weiterbildung für alle Lehrkräfte bedarfsgerecht gesichert werden. Die Schulsozialarbeit ist weiterzuführen, auszubauen und durch das Land zu finanzieren.

Das duale Bildungssystem ist gefährdet. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die berufsbildenden Schulen zu stärken. Dafür müssen insbesondere mehr Lehrpersonal und pädagogische Fachkräfte eingestellt werden, um den gravierenden Unterrichtsausfall zu begrenzen und die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer abzubauen. Ergebnisse berufsschulischer Leistungen sollen auch auf dem Kammerzeugnis ausgewiesen werden. Verbundausbildungen und weitere Formen der Kooperation von Betrieben und Einrichtungen halten wir für zukunftsfähig. Wir treten dafür ein, dass erfolgreich absolvierte praktische und theoretische Ausbildungen und Ausbildungsbestandteile auf nachfolgende Qualifizierungen angerechnet werden können. Der Übergang an Fachhochschulen und Universitäten soll dadurch erleichtert werden. Die Ausbildung an Fachschulen zu Technikerinnen und Technikern sowie Fachwirtinnen und Fachwirten wollen wir stärken. Wir sehen darin eine gute Möglichkeit, berufliche Bildung aufzuwerten. Für die Ausbildungen im Bereich der Gesundheits-, Pflege-, Heil- und Sozialberufe wollen wir ein bedarfsdeckendes Angebot an Ausbildungsplätzen sichern.

Inklusion ist ein Kulturprozess. Die Schaffung einer Inklusionskultur ist nicht auf Bildung und Schule beschränkt, sondern umfasst alle gesellschaftlichen Bereiche. Schon mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und dem damit verbundenen Rechtsanspruch auf inklusive Bildung steht die gesamte Gesellschaft vor einer Aufgabe, die nicht „nebenbei“ erledigt werden kann.

In der Lehrerbildung müssen Inklusion und eine Pädagogik der Heterogenität schwerpunktmäßig verankert werden. Für das gemeinsame Lernen sind Qualitätsstandards zu entwickeln. Dazu ist es längerfristig notwendig, die schulartspezifischen Studiengänge hin zu einer altersspezifisch fokussierten Lehrerausbildung zu verändern.

Ein Bildungssystem, das nach Leistungsfeststellungen in unterschiedliche Schularten einteilt, kann kein Bildungssystem der Inklusion werden. Neben der dringlichen Aufgabe, Barrierefreiheit zu verwirklichen, muss jeder Klasse mindestens eine sonderpädagogische Fachkraft zur Seite stehen. Darüber hinaus wollen wir multiprofessionelle Teams an allen Schulen etablieren, bestehend aus Lehrkräften, Fachkräften der Sozial- und Sonderpädagogik, der Schulpsychologie sowie anderen Professionen der Schulbegleitung. Inklusion ist nicht nur eine Pädagogik für Kinder mit Beeinträchtigungen. Inklusion ist für uns ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, den wir umfassend unterstützen werden.

Kein Werben fürs Sterben! Die Bundeswehr hat nichts an unseren Schulen zu suchen. Schulbesuche in Bundeswehreinrichtungen sind zu untersagen.

Zur Wahrung der sozialen Chancengleichheit muss das Land die Kosten für die Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen öffentlichen Schulen vollständig übernehmen. Das Recht auf kostenlose Schülerbeförderung ist ungeschmälert auf die weiterführenden und berufsbildenden Schulen im Land auszuweiten.

Hochschulreform

Der soziale Ausleseeffekt der Schule wird durch ein mehrgliedriges Hochschulsystem mit dem Gegensatz zwischen Universitäten und Fachhochschulen (bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften) fortgesetzt und verstärkt. Es gibt jedoch keinen in der Sache liegenden Grund, für die Zulassung zu anwendungsorientierten Studiengängen auf niedrigerem Niveau zu qualifizieren als für stärker theoretisch geprägte Studienfächer. Diese bildungsbürgerliche Tradition will DIE LINKE überwinden. Gute Wissenschaft, freie Forschung und umfangreiche Bildung sind die Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine zukunftsorientierte Hochschule muss inklusiv und demokratisch verfasst sein, jedem und jeder offen stehen, Freiheit in Forschung und Lehre garantieren und von der öffentlichen Hand getragen werden. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind davon weit entfernt. Überfüllte Hörsäle und baufällige Gebäude, überzogene Mieten für Studierende und ein prekariert wissenschaftlicher Mittelbau, eine verkorkte Studienreform und ein vom Ministerium angeheizter Wettbewerb um Drittmittel legen Zeugnis vom Versagen der Landesregierung ab. Ein Studium soll wissenschaftliche Methoden vermitteln, mit denen die Studierenden zu selbstständigen

Problemlösungen befähigt werden, aber auch dazu befähigen, gesellschaftliche Prozesse und die eigene Rolle im sozialen Gefüge kritisch zu reflektieren und eigene Schlüsse daraus ziehen zu können. Durch den Bologna-Prozess wird an den Hochschulen derzeit jedoch eine »Berufsbildung nach Marktbedürfnissen« betrieben, in der kritische Wissenschaft keinen Platz hat. Dies führt zu einer Verschulung des Studiums; Hochschulen verkommen zu Lernfabriken mit oberflächlicher Schnellbildung. Die Möglichkeit, im Anschluss an den Bachelor an einer Fachhochschule ein Masterstudium an einer Universität aufzunehmen, besteht – mit Einschränkungen – bereits jetzt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, diese Möglichkeit an mehreren Standorten durch die Integration von Fachhochschulen und Universitäten verbindlich zu realisieren.

Die Lehre sollte gleichberechtigt neben der Forschung stehen und deutlich aufgewertet werden. Uns liegen besonders die Interdisziplinarität der Lehre und Forschung, die Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, der Erhalt wissenschaftlicher Pluralität sowie die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen am Herzen. Deshalb verteidigen wir das Konzept eines allgemeinpolitischen Mandats für die akademische und studentische Selbstverwaltung.

Die an den Hochschulen und Universitäten eingeführten Bachelor- und Masterabschlüsse sind vor allem an den Interessen der privaten Wirtschaft orientiert und sollen schnell „betrieblich verwertbar“ machen. Hochschulabschlüsse wurden damit von vermeintlich überflüssigem, humanistischem „Bildungsballast“ befreit. DIE LINKE will das Grundrecht auf hochwertige und umfassende Bildung, die für unsere Gesellschaft konstituierenden Eigenwert besitzt, nicht über Bord werfen. Der Einheit von Forschung und Lehre kommt eine besondere Bedeutung für die Sicherung dieses kulturellen Grundwertes zu. Nicht zuletzt deshalb fordert DIE LINKE, neben der Stärkung der wissenschaftlichen Promotion, die vermehrte Wiedereinführung der international hoch angesehenen Magister- und Diplomabschlüsse. Die Masterabschlüsse in Rheinland-Pfalz sollen zugleich auch als Diplomabschlüsse ausgewiesen und anerkannt werden. Der Bolognaprozess kann und muss in Zukunft anders ausgelegt werden. Für jeden Bachelorabsolventen muss es den Anspruch auf einen Studienplatz in einem konsekutiven Masterstudiengang geben.

Die qualitativ und quantitativ gute Ausstattung aller Bildungseinrichtungen und Hochschulen gehört zur gesellschaftlichen Zukunftssicherung und ist im deutschen Föderalismus Landessache. Die Finanzierung der universitären Forschung hat sich zu einem maßgeblichen Anteil vom dauerhaft zugesicherten Stellenplan des Landes auf projektbezogene Drittmittel verlagert, die jeweils nur für wenige Jahre bewilligt werden. Diese Drittmittel stammen zu einem gewissen Teil aus der Privatwirtschaft, überwiegend aber aus dem Staatshaushalt; es sind die gleichen öffentlichen Gelder, die in der dauerhaften Grundausrüstung der Hochschulen jetzt fehlen. Dies hat eine radikale Managementorientierung in der universitären Forschung bewirkt, den festangestellten akademischen Mittelbau weitgehend eliminiert und die Wissenschaft in einen von prekärer Arbeit dominierten Bereich umgewandelt.

Universitäre Forschung sollte dem Wohl der Allgemeinheit dienen. In diesem Sinne sind militärische Forschungsvorhaben durchweg abzulehnen, da das Fördern von Krieg oder kriegerischen Maßnahmen dem an eine Hochschule gestellten Anspruch nicht gerecht wird.

Wissenschaftliche Erkenntnisse, die zum Töten von Menschen genutzt werden, sind nicht als Fortschritt, sondern als Rückschritt anzusehen und klar abzulehnen. Daher ist eine landesweite Zivilklausel für eine friedliche Forschung an allen Hochschulen in Rheinland-Pfalz unverzichtbar.

DIE LINKE kämpft für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen, die im Templiner Manifest und im Herrschinger Kodex der GEW formuliert wurden, und wird die Wissenschaft zu einem modernen und innovativen Sektor mit sicheren Arbeitsverhältnissen umgestalten. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Hochschuldienst muss es eine Lebensperspektive geben. Mindestens 50 Prozent aller an Promovierte vergebenen Stellen müssen mit "Tenure Track" ausgestattet und nach drei Jahren erfolgreicher Arbeit entfristet werden. Wir fordern deshalb die Einführung eines proportionalen Landeshebesatzes auf alle Drittmittelprojekte an rheinland-pfälzischen Hochschulen zur Finanzierung eines "Hochschulpaktes für gute Arbeit", durch den ausschließlich unbefristete Vollzeitstellen bereitgestellt werden. DIE LINKE will auch im Hochschulbereich keine prekären Beschäftigungsverhältnisse. Für Landesbeamte, die keine hoheitlichen Funktionen ausüben, wie etwa Schullehrer sowie die in Forschung, Lehre und Verwaltung der Hochschulen tätigen Beamten, gilt das Streikrecht als ein ihnen zustehendes Menschenrecht. DIE LINKE wird dies im Landtag geltend machen und sich dafür einsetzen, dass die Beamtenbesoldung als Gegenstand von Tarifverhandlungen anerkannt wird. Auch die Vergütung von Lehraufträgen sowie der "Titellehre" von Privatdozenten ist tariflich zu regeln. Es darf keine unvergütete und keine prekäre Lehrtätigkeit an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz geben. Weil Schulen, Universitäten und staatliche Bildungs- und Ausbildungsstätten die Orte sind, in denen unsere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene die für ihr späteres Leben entscheidenden Bildungs- und Ausbildungsgrundlagen erwerben und nachhaltig prägende kulturelle und soziale Impulse erfahren, dürfen diese nicht zum Gegenstand ständig wechselnder und oft widersprüchlicher Bildungsexperimente gemacht werden. DIE LINKE tritt für eine gründlich vorbereitete, nachhaltige, umfassende und transparent strukturierte Bildungsreform ein.

In vielen Fällen ist die Aufnahme eines Zweitstudiums kein Luxus, sondern eine berufliche Notwendigkeit. Studentinnen und Studenten, die sich in einem Zweitstudium befinden, haben nur in sehr wenigen Ausnahmefällen einen Anspruch auf BAföG. Oft müssen sie ihre Ausbildung über Kredite finanzieren, sich also stark verschulden und nebenher arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Regelmäßig müssen sie dabei die Krankenversicherungs- und andere Kosten selbst tragen, die im Rahmen eines regulären Erststudiums nicht anfallen. Neben dieser ohnehin enorm hohen Belastung werden darüber hinaus Studiengebühren und Semesterbeiträge fällig, die in der Summe bis zu 1.000 Euro pro Semester betragen können. Studierende müssen demnach monatlich alleine für die Semestergebühren mehr als 150 Euro erwirtschaften und haben dafür häufig nur Jobs auf 450-Euro-Basis zur Verfügung. Daneben soll auch das Studium nicht zu kurz kommen, da auch die finanzierenden Banken Leistungsnachweise verlangen, um Studienkredite weiter zu bewilligen.

Berücksichtigt man schließlich die relativ zur Gesamtstudierendenzahl geringe Zahl der Zweitstudentinnen und -studenten, stellt sich auch die Frage nach dem generellen Sinn derartiger Studiengebühren: Diese Einnahmen machen regelmäßig nur einen verschwindend geringen Teil des Universitätshaushaltes aus.

Bildung darf kein Luxus für Gutbetuchte sein!

Kinderbetreuung mit qualitativem Anspruch

Wenn das Land Städte, Kreise und Gemeinden per Gesetz zu Aufgaben verpflichtet, muss es dafür auch bezahlen. Dies gilt auch für die Kinderbetreuung, deren weiterer Ausbau richtig ist. DIE LINKE will ein zielgenaues und bestmögliches Angebot der Kinderbetreuung für alle Kinder in Rheinland-Pfalz. Die internationalen Erfahrungen zeigen: Umfassende und hochqualifizierte Kinderbetreuung ist der Schlüssel für Beschäftigungschancen der Eltern und Bildung der Kinder. DIE LINKE verbindet ihre Forderung nach Kinderbetreuung mit der frühkindlichen Bildung. Wir unterstützen die Forderung der Beschäftigten in Kindertagesstätten nach Anerkennung ihrer Arbeit, Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, nach angemessener Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns für eine Qualifizierungsoffensive für die Pädagoginnen und Pädagogen in den Kitas ein, die den Austausch von Erfahrungen und Best Practice ermöglicht und Freiraum für aufmerksames und prüfendes Denken im pädagogischen Alltag schafft. Für uns ist die tarifgerechte Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher – orientiert am öffentlichen Dienst – in allen Einrichtungen unverzichtbar. DIE LINKE tritt für eine Reform der Ausbildung ein. Neben der bestehenden Hochschulausbildung für Leiterinnen und Leiter sollen Studiengänge auch für weitere Fachkräfte an Kitas entwickelt werden. Gleichzeitig wollen wir Impulse geben, die Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin oder zum staatlich anerkannten Erzieher an den Fachschulen inhaltlich zu qualifizieren, praxisverbundener zu gestalten und die Gesamtausbildungszeit für junge Menschen mit Realschulabschluss oder Hochschulzugangsberechtigung zu verkürzen. Quereinstiege in den Beruf sollen erleichtert werden.

Gute Berufsausbildung

Die betriebliche Ausbildung muss verbessert werden, um jungen Menschen einen erfolgreichen Start in ein gutes und erfülltes Berufsleben zu ermöglichen, denn jede und jeder hat das Recht auf Ausbildung. Es ist ein Skandal, dass immer mehr Jugendliche ihre wichtigste Lebensphase in sogenannten Maßnahmen, unbezahlten Praktika und Warteschleifen verbringen. Betriebe, die ausbilden können, aber dies nicht tun, sollen sich zumindest mit einer Ausbildungsplatzumlage an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen. Damit werden vor allem kleinere und mittlere Betriebe entlastet, die ihrer Verantwortung gerecht werden. Gute Berufsausbildung ist eine grundlegende soziale Sicherung, deshalb setzen wir uns für ein generelles Mindestausbildungsentgelt für Auszubildende ein. Wir wollen eine sinnvolle Koordination aller Ausbildungsaktivitäten nach regionalen und branchenspezifischen Gesichtspunkten. Die Planung des Berufsschulnetzes muss nach überregionalen fachlichen Gesichtspunkten erfolgen, kleinere Schulstandorte dürfen nicht ausschließlich anhand von Schülerzahlen beurteilt werden, sondern erfüllen als regionale Bildungszentren eine wichtige Funktion und sind daher zu erhalten. Unsere Ziele sind kurze Wege für die Auszubildenden, eine Abstimmung der Bildungsprofile auf die regionale Wirtschaftsstruktur und die Vermeidung von Regionen mit weit unterdurchschnittlichem Berufsbildungsangebot.

Wo Kinder sind, muss Förderung ansetzen

Menschen, die füreinander soziale Verantwortung übernehmen brauchen gesellschaftliche Unterstützung, denn derzeit ist Familie ein Armutsrisiko: Ob Eheleute, Partnerschaften ohne Trauschein, nichtheterosexuelle Lebensentwürfe, Alleinerziehende oder „Patchwork-Familien“ – sie alle brauchen mehr Zeit, eine hochwertige, flächendeckend erreichbare Infrastruktur und gezielte

soziale Leistungen. Familie und alle ihre Mitglieder brauchen ein Leben in finanzieller Sicherheit und Gesundheit, sowie gute (Aus-)Bildung und stabile Beziehungen im sozialen und kulturellen Umfeld. Kindern und ihren Familien steht unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein angemessener Anteil am materiellen, sozialen und kulturellen Reichtum der Gesellschaft zu.

Jahrelange Mittelkürzungen sowie der Abbau von Qualitätsstandards verschärfen die Probleme der jungen Generationen vor Ort. Die rot-grüne Landesregierung hatte sich zum Ziel gesetzt, Kinderarmut zu bekämpfen und Chancengleichheit herzustellen. Leider ist es bei Lippenbekenntnissen geblieben, die Armut wächst weiter. Die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder sind nach wie vor viel zu niedrig, um den Bedarf eines Kindes oder Jugendlichen zu decken. Die Landesregierung muss die unterfinanzierten Kommunen unterstützen, damit diese kommunale, weltanschaulich neutrale Kindertageseinrichtungen einrichten und die Kinderbetreuung qualitativ und zeitlich ausbauen können. So aber bleiben Familie und Beruf für viele unvereinbar; vor allem Frauen werden in Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt, die heute nicht zum Leben reichen und morgen keine auskömmliche Rente sichern.

In den letzten Jahren fand ein sozialer Kahlschlag bei Frauen- und SchuldnerInnenberatungsstellen statt, Jugendzentren, Schwimmbäder, Bibliotheken und andere Einrichtungen der öffentlich-sozialen Infrastruktur mussten schließen. Auf diese Einrichtungen sind jedoch einkommensschwache Familien besonders angewiesen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten nicht auf das Arbeitslosengeld II (Hartz-IV) angerechnet werden. Vor allem in benachteiligten Stadtteilen und Sozialräumen unserer Städte und Landkreise ist daher der Aufbau einer sozialen Infrastruktur dringend notwendig. Als einen Schritt, um die soziale Spaltung in Rheinland-Pfalz in arme und reiche Gebiete aufzulösen, setzt sich DIE LINKE für eine Ausweitung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ein. So kann das Programm auf weitere Regionen und Stadtteile ausgedehnt werden. Im Zusammenhang damit fordern wir den Ausbau von wohnortnahen sozio-kulturellen sowie niedrigschwelligen Beratungsangeboten insbesondere für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Selbstverwaltete Kinder- und Jugendzentren sind durch ein Landesprogramm auszubauen. Aufgrund der hohen Bebauungsdichte und der zum Teil starken Verkehrsbelastung mangelt es häufig an Spielplätzen unter freiem Himmel und damit an für Kinder und Jugendliche gefahrlos zugänglichen und gestaltbaren Gebieten. Wir wollen stattdessen Kinder- und Abenteuerspielplätze, Begegnungsstätten und Freizeitangebote, die für und von Kindern und ihren Familien mitgestaltet werden.

Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – gegen Homo- und Transphobie

Ausgrenzung, Diskriminierungen, Beleidigungen und auch Gewalt sind immer noch bittere Realität für Schwule, Lesben und Transgender in Rheinland-Pfalz. Noch viel zu viele Menschen können in der Öffentlichkeit, in Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Der derzeitige Aktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ muss beibehalten, ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Nach Jahrzehnten des Kampfes für Emanzipation gehen die ersten Generationen offen lebender Lesben und Schwuler in Rente und haben einen Anspruch auf Achtung und Respekt auch in Betreuung und Pflege. Wir wollen vielfältige Initiativen freier Träger in diesem Bereich unterstützen und weitere ermöglichen. Auch die Aids-Prävention und die Integration von HIV-

positiven Menschen wollen wir weiter stärken und Homosexualität im Sport besser in die Akzeptanzarbeit einbeziehen. Alternative Lebensentwürfe gehören in Lehrpläne und Schulbücher. Dafür bedarf es der gemeinschaftlichen Anstrengung aller Beteiligten. Diese wollen wir initiieren und moderieren.

Feminismus und Emanzipation

DIE LINKE bekennt sich zu ihren feministischen und emanzipatorischen Grundsätzen und fordert die sofortige umfassende Gleichbehandlung aller Geschlechter. Nach wie vor sind vor allem Frauen von höherer Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, prekären Arbeitsverhältnissen, Sexismus und sexuellen Übergriffen betroffen sowie von körperlicher Gewalt im häuslichen Bereich und im Arbeitsumfeld bedroht. In nahezu allen Bereichen werden die Chefposten von Männern dominiert, und es besteht dringender Handlungsbedarf in Form einer verbindlichen Frauenquote. In den sozialen Berufsgruppen, der Reinigungsbranche und im Tourismus sind Frauen überproportional vertreten und häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt. DIE LINKE fordert nicht nur eine deklaratorische Aufwertung dieser Berufe durch Wertschätzung, sondern eine deutliche Erhöhung der Arbeitsentgelte, die der Gleichwertigkeit mit anderen Berufen Rechnung trägt.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- die Einführung der Gemeinschaftsschule bis Klasse 10 mit Ganztagsangebot unter Einbeziehen lokaler Vereine und Verbände zur Tagesgestaltung über den klassischen Unterricht hinaus
- Unterrichtsgarantie für alle Schülerinnen und Schüler
- Bundeswehr raus den Schulen
- Fort- und Weiterbildungsangebote für alle Lehrkräfte
- die Rücknahme der Streichung von 2 000 Lehrerplanstellen und 1 500 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogisches Fachpersonal und zusätzliche Stellen an berufsbildenden Schulen und Förderschulen
- bedarfsgerechte Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer und vorausschauende Planung notwendiger Personalkapazitäten und den Aufbau einer bedarfsdeckenden Vertretungsreserve
- eine verbindliche Umsetzung des Rechtsanspruchs auf inklusiven Unterricht bis spätestens 2020 in allen öffentlichen Schulen
- kleinere Klassen und Lerngruppen, Weiterentwicklung der Unterrichtsmethodik nach skandinavischem Vorbild, Überwindung des Notensystems (außer für Abschlussnoten), soweit dies sinnvoll möglich ist, individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler
- den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung
- Kitas als Bildungseinrichtung anzuerkennen
- Kitas müssen gebührenfrei bleiben! Wir wollen gebührenfreie und qualitativ hochwertige

vorschulische Bildung.

- kleinere Kita-Gruppen, um eine wirklich kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten
- die Einführung von kommunalen Kita-Platzvergabesystemen, die die Organisation und den Zugang zur Kita von Seiten der Eltern als auch der Kitas erleichtern
- kostenfreies Mittagessen in Kitas
- gebührenfreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Musikschulen, Theatern und Sportstätten wie Schwimmbädern, Turnhallen und Sportplätzen
- Sprachförderung aller Kinder
- die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung im Sinne der UN-Behindertenkonvention bedingungslos, elternunabhängiges und armutsfestes BAföG als Vollzuschuss ohne Darlehensanteile
- Anspruch auf einen Studienplatz bis zum Master für alle Schulabgänger mit Abitur oder Fachabitur, Begrenzung der Wartezeit im gewünschten Studienfach auf höchstens sechs Semester
- eine stärkere Förderung nichttraditioneller Studierender (z.B. Meister und Techniker)
- den Ausbau der Dualen Hochschule Rheinland-Pfalz zu einer eigenständigen Institution. Drittmittel dürfen nicht indirekt oder inoffiziell zur Finanzierung der Grundausstattung der Hochschulen genutzt werden. reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge für alle Promovierenden und die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in Forschung und Lehre nach dem Kaskadenmodell des Wissenschaftsrates. Zudem müssen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte tarifrechtliche Regelungen auf Landesebene erarbeitet werden; darüber hinaus benötigen sie endlich eine personalrechtliche Vertretung durch den Personalrat.
- Die Drittelparität an den Hochschulen muss hergestellt werden.
- eine Ausbildungsplatzgarantie durch die Tarifpartner, mindestens 10 Prozent Auszubildende in allen öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einführung einer Ausbildungsplatzumlage für Betriebe, die ausbilden könnten, es aber nicht tun
- eine Beteiligung der Arbeitgeber an den Beförderungskosten von Auszubildenden
- die Einführung eines Mindestausbildungsentgeltes auf Bundesebene. Dafür ist eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz notwendig.
- den Erhalt und Ausbau des Berufsschulnetzes und dessen bedarfsgerechte Finanzierung durch das Land; die personelle und sachliche Ausstattung der Berufsschulen zu verbessern
- den Abschied von überkommenen Rollen- und Familienbildern. Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – in Mutter-Vater-Kind-Familien genauso wie in

Patchwork-Familien, bei Alleinerziehenden, Partnerschaften und Familien mit nicht-heterosexuellen Lebensweisen.

- Familienförderung in Stadt und Land, die vor allem denjenigen hilft, die aus finanziellen Gründen an den Rand gedrängt sind
- die Einführung der Frauenquote bei Führungspositionen
- Chancengleichheit gesetzlich zu sichern
- eine angemessene Vergütung und Aufwertung der frauentypischen Berufsgruppen, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit
- mehr Unterstützung für Alleinerziehende durch eine Tagesbetreuungsgarantie
- finanziell dauerhafte Sicherung von Frauenhäusern, umfassende Seelsorgebetreuung und AussteigerInnenprogramme für Prostituierte
- bessere Schutzmaßnahmen bei Übergriffen jeglicher Art durch eine spezielle Anlaufstelle in allen Polizeidienststellen und die Einführung von Präventivmaßnahmen für gefährdete Personengruppen.

4) Infrastruktur ausbauen – Wohnraum sichern

Wohnen ist ein Menschenrecht

Die Engpässe bei der Unterbringung der Flüchtlinge offenbaren zum wiederholten Male die tieferliegende Krise der Wohnungspolitik. Seit Anfang der 90er Jahre ist der Bestand an Sozialwohnungen im Bund von fast 4 auf 1,5 Millionen gesunken. Nach einer Studie des Pestel Instituts von 2012 fehlen in Rheinland-Pfalz 150 000 Wohnungen für ärmere Menschen. Bis 2017 rechnet der Deutsche Mieterbund mit einer Unterversorgung von 827 000 Wohnungen bundesweit. Und obwohl Bund, Länder, Kommunen und die Sozialversicherungen einen Überschuss von 21 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2015 erwirtschaftet haben, ist es dem Land, den Städten und Gemeinden nicht möglich, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die alarmierenden Zahlen sind seit Langem bekannt, die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist vielerorts dramatisch. Aktuell konkurrieren Arbeitsuchende, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, bedürftige SeniorInnen, Studierende und Asylsuchende um kaum vorhandene Wohnungen. Nach der Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbauunternehmen durch die Regierung Kohl war die Föderalismusreform II der Sargnagel für den sozialen Wohnungsbau: Dem hatte 2009 auch das von der SPD alleinregierte Bundesland Rheinland-Pfalz im Bundesrat zugestimmt. Fortan war die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus Ländersache. Bundesmittel, die für den sozialen Wohnungsbau an die Länder gingen, sind nicht zweckgebunden und werden deshalb nicht für den Wohnungsbau verwendet.

Statt den Wohnungsbau zu fördern, gab es nun zur Freude der Immobilienbesitzer Mietzuschüsse für Mieter. Dieser Mietzuschuss führte zu Mieterhöhungen und nicht zum Bau von neuen Wohnungen. Gleichzeitig ließ die Steuerpolitik der SPD-Bundesregierung unter Gerhard Schröder die Einnahmen der Kommunen einbrechen: Wo es kommunale Wohnungsunternehmen gab, wurden deren Gewinne im allgemeinen Haushalt verbraucht oder die Unternehmen gleich verkauft. Kommunaler Wohnungsbau fand nicht mehr statt. Jüngst wurden die Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung, die schon immer völlig unzureichend waren, nochmals reduziert. Mit auslaufenden Belegungsbindungen war das Desaster komplett, der in Jahrzehnten mühsam aufgebaute Bestand an gutem und bezahlbarem Wohnraum nahm rasant ab.

Heute ist traurige Realität, dass Wohnen den Löwenanteil des Einkommens großer Teile der Bevölkerung verschlingt; viele können die Miete gar nicht mehr ohne staatliche Hilfe bezahlen. ALG-II-BezieherInnen müssen sich Teile der Miete sogar vom Munde absparen, weil Wohnungen in dem für ALG-II-BezieherInnen vorgeschriebenen Preissegment und der vorgeschriebenen Größe oft nicht vorhanden sind. Die Bedürftigen müssen aus ihrem Regelsatz für die Miete draufzahlen, sodass ihnen entsprechend weniger für Essen, Trinken und Kleidung übrig bleibt.

DIE LINKE setzt sich für bezahlbaren Wohnraum ein und wird sich entschieden gegen alle Bestrebungen wenden, die finanziell schlechter gestellte Mieterinnen und Mieter aus einzelnen Stadtgebieten verdrängen (Gentrifizierung).

DIE LINKE wird im Landtag eine landesgesetzliche Regelung beantragen, die den Kommunen ein Belegungsrecht für leerstehende Wohnungen einräumt. Dieses Belegungsrecht soll spätestens nach einjährigem Leerstand greifen und setzt die Zahlung eines angemessenen Mietzinses voraus. Das kommunale Belegungsrecht soll gegebenenfalls auch gegen den Willen des Eigentümers durchgesetzt werden können, da Wohnungen kein Spekulationsobjekt sind, sondern der Versorgung

der Bevölkerung mit Wohnraum dienen.

Bezahlbare Busse und Bahnen

DIE LINKE spricht sich auch in Rheinland-Pfalz für ein landesweites, regionales und kommunales, öffentliches und barrierefreies Personenverkehrssystem aus, das unsere Städte und Ortsgemeinden an sieben Tagen in der Woche und mehrmals täglich für alle zu erschwinglichen Preisen erreichbar macht. Mittelfristig wollen wir den ticketlosen Nahverkehr, finanziert aus Steuermitteln, einer Nahverkehrsabgabe aller Haushalte und Beiträgen aus Handel und Wirtschaft. Es gibt genügend Vorbilder, ob Tallinn in Estland oder viele Gegenden in Frankreich. Der ticketfreie öffentliche Personennahverkehr zeigt, dass die Auslastung der einzelnen Strecken steigt und das Argument für Strecken- oder Haltestellenschließungen nicht mehr greift.

Denn kommen wir nicht bald zu einer neuen Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs, der vielerorts schon heute fast nur noch aus den Schulbussen besteht, werden Bus und Bahn bald unbezahlbar.

Gegenwärtig werden immer mehr Bürgerinnen und Bürger in den ländlich strukturierten Gebieten, die nicht über mindestens ein eigenes Kfz im Familienkreis verfügen oder in anderer Weise am motorisierten Individualverkehr teilnehmen, in ihrem Grundrecht auf gute und erschwingliche Mobilität massiv eingeschränkt: De facto werden sie an ihrem Wohnort „gefangen“ gehalten. Dies gilt besonders an Vormittagen, in den Abendstunden und während der Schulferien an jedem Tag und ganztägig. In unserem Land werden zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den Flächenlandkreisen regelmäßig an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen sowie in den Abendstunden ganze Ortsgemeinden mit oft hunderten von Einwohnern von der Welt abgeschnitten.

DIE LINKE verteidigt das Grundrecht der Menschen auf gute und bezahlbare Mobilität auf kommunaler und regionaler Ebene. Eine soziale und ökologische Verkehrspolitik erfordert absoluten Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr. Netzdichte, Taktzeiten und Ausstattung von Bussen und Bahnen müssen insbesondere im ländlichen Raum verbessert und die Preise für Fahrkarten deutlich gesenkt werden.

Als integrierter Teil des öffentlichen Personennahverkehrs wird das Ruf-Sammeltaxi-System landesweit eingeführt und gefördert, um besonders schwierig einzubindende ländliche Bereiche mit einem für alle erschwinglichen Mobilitätsangebot zu versorgen. Die Tarifgestaltung muss den speziellen Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten der finanziell schlechter gestellten und sozial benachteiligten Menschen Rechnung tragen.

Um diese Ziele zu verwirklichen, müssen die regionalen Verkehrsverbände dem wachsenden Einfluss privater Verkehrsunternehmen entzogen und demokratisiert werden, indem kleinere verbandsangehörige Gemeinden ein überproportionales Stimmrecht erhalten. Konkurrenzsituationen zwischen Verkehrsverbänden sollen durch sinnvolle Neuzuschnitte der Verbundgebiete oder Zusammenlegung entschärft werden sowie bisher verbundlose Kommunen sich einem Verkehrsverbund anschließen. Die Kommunen müssen als Aufgabenträger finanziell so ausgestattet werden, dass sie in der Lage sind, nicht nur den Satus quo zu erhalten, sondern auch zusätzliche Angebote bei Bus und Bahn zu schaffen. Dies setzt eine umfassende öffentlich-rechtliche Kontrolle voraus. Der Ausbau des Schienen- und S-Bahnnetzes muss Vorrang vor Straßenneubau haben. Vorrangige Aufgaben des Straßenbaus sind Sanierungs- und

Instandhaltungsmaßnahmen. Der Bau von Ortsumgehungen muss mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der bisherigen Streckenführung einhergehen. Den Güter- und Warenverkehr wollen wir möglichst weitgehend von der Straße auf die Schiene verlagern; bei allen Verkehrsträgern muss der Lärmschutz der betroffenen Anwohner stark verbessert werden. Das wichtigste verkehrspolitische Projekt der kommenden Jahre muss die vollständige Beseitigung des gesundheitsgefährdenden Bahnlärmterrors im Mittelrheintal sein. Dieses Problem kann grundsätzlich nur durch eine neue Trassenführung außerhalb des Rheintals gelöst werden. Die Dimension dieses Projektes erfordert eine gesetzlich geregelte, finanzielle und planerische Beteiligung des Bundes.

Die Landesregierungen der letzten Jahrzehnte haben es verpasst, den öffentlichen Nahverkehr in Rheinland-Pfalz zukunftssicher zu finanzieren. Stattdessen wurden Schienennetze stillgelegt, Buslinien privatisiert und den Profitinteressen der Unternehmer unterworfen. DIE LINKE setzt sich demgegenüber für einen Ausbau des öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs in Rheinland-Pfalz ein. Neue Strecken müssen gebaut, alte modernisiert und Fahrzeuge auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden – all dies geht nur, wenn das notwendige Geld zum Teil mit einer Nahverkehrsabgabe, ähnlich den Beiträgen für Straßenbau, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, erwirtschaftet wird.

Der öffentliche Verkehr erfordert eine öffentliche und intelligente Verkehrsplanung. Bahn und regionale Verkehrsbetriebe sind nicht nur Dienstleister für die Gesellschaft, sondern Arbeitsplatz für viele Menschen.

Die LKW-Maut führt in Rheinland-Pfalz zu einem teils erheblichen zusätzlichen Verkehrsaufkommen auf Bundes- und Landstraßen. Dieser Fehlsteuerung ist durch eine Bundesratsinitiative der Landesregierung für eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen zu begegnen

DIE LINKE kritisiert seit vielen Jahren die verkehrspolitische Konzeptlosigkeit der Landesregierung. Wir wollen, dass endlich ressortübergreifend und unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung und unter maßgeblicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein verkehrspolitisches integratives Gesamtkonzept für Rheinland-Pfalz entwickelt wird, das alle Verkehrsmittel und Verkehrswege und insbesondere die Interessen der Menschen berücksichtigt. Dabei muss es um eine sinnvolle Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel, die Verringerung von Umweltbelastungen und die Sicherstellung von bezahlbarer Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger gehen.

DIE LINKE fordert die Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität der rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehört auch die Erhaltung von Gesundheit und Sicherheit gegen Lärmemissionen, die stets Vorrang vor dem Flugverkehr haben muss. Dementsprechend müssen für alle die TA-Luft und TA-Lärm-Richtlinien eingehalten werden und zwar ohne Ausnahme. Hierbei erleidet vor allem der rheinhessische Raum durch den Frankfurter Flughafen eine erhebliche Beeinträchtigung des Umfeldes, und weitere Gefährdungen sind durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens absehbar. Profit von wenigen kann nicht auf Kosten der Gesundheit vieler gehen.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- Wohnen ist ein Grundrecht: DIE LINKE sieht in einer bedarfsgerechten, barrierefreien und

bezahlbaren Wohnungsversorgung eines der fundamentalen Grundrechte.

- genossenschaftliche Eigentumsformen zu stärken
- Vom Bund bereitgestellte Fördergelder müssen zweckgebunden in bedarfsgerechte, barrierefreie und soziale Wohnungen investiert werden.
- Objektförderung statt Subjektförderung: das heißt, Förderung des Wohnungsbaus statt Mietzuschuss
- die Förderung einer strategischen Bodenvorratspolitik der Kommunen
- ein Baulückenschlussprogramm für innerstädtische Bereiche statt Flächenzersiedelung
- der Landflucht entgegenzuwirken, Dörfer und Regionen lebenswert zu erhalten oder wieder zu machen
- eine Reform der Mietpreisbremse, weil sie dem Mietpreisanstieg nicht wirksam entgegentritt
- den Mietspiegel an Bestandsmieten zu orientieren und Kommunen das Recht einzuräumen, verbindliche Höchstmieten festzulegen
- gesetzlich festzulegen, dass Mieten in bestehenden Mietverhältnissen ohne maßgebliche Wohnwertverbesserung nur im Rahmen des Inflationsausgleichs erhöht werden dürfen
- eine Mietpreisobergrenze für Haushalte, deren Einkommen unterhalb des bundesdurchschnittlichen Haushaltseinkommens liegt: 30 Prozent für Miete, Betriebskosten und Strom dürfen nicht überschritten werden.
- architektonische, ästhetische und baupolizeiliche (Sicherheits-)Standards nicht zu unterschreiten, sondern schneller anzuwenden
- energetische Sanierungen nicht allein auf Kosten der Mieter zu finanzieren
- bezahlbare, kleine und barrierefreie Wohnungen, die ambulante Pflege ermöglichen
- ein rheinland-pfälzisches Konzept für eine möglichst dezentrale und sozial integrierte Wohnversorgung für Flüchtlinge
- ein landesweit gültiges, einkommensabhängiges Sozialticket für ALG-II-Beziehende, AsylbewerberInnen, Geringverdienende, Einkommenslose und Erwerbsunfähige ohne Leistungsbezug, Sozialgeldbeziehende, Erwerbslose, Rentner und Rentnerinnen und Studierende mit geringem Einkommen
- mittelfristig den ticketlosen öffentlichen Personennahverkehr
- kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler und Schularten bis zum Abschluss der jeweiligen schulischen oder beruflichen Ausbildung
- Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr vor dem Individualverkehr und Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene

- die Zusammenführung der bestehenden Verkehrsverbundnetze zu einem einheitlichen und aufeinander abgestimmten Tarif-, Takt- und Streckensystem für ganz Rheinland-Pfalz
- den Ausbau des S-Bahnnetzes in Rheinland-Pfalz zwischen allen wichtigen Verkehrsknotenpunkten
- die Begrenzung des Straßenneubaus zugunsten von Straßeninstandsetzung und Straßeninstandhaltung
- ein Gesamtentwicklungskonzept für alle rheinland-pfälzischen Fracht- und Verkehrsflughäfen unter Beachtung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Aspekte
- Lärm und Luftbelastung durch Flugverkehr drastisch zu senken
- ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr
- Sonn- und Feiertage müssen vor Fluglärm besonders geschützt werden.

5) Ökologisch und regional

Für DIE LINKE sind der Schutz der Umwelt sowie der Einsatz für eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen untrennbar verbunden mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit. Umwelt- und Naturschutz kann nur mit den Menschen, nicht gegen sie gelingen. DIE LINKE vertritt eine nachhaltige Politik, die den schonenden Umgang mit allen Ressourcen zum Prinzip erhebt. Wir wollen die Natur schützen und die Artenvielfalt bewahren, Abfall vermeiden, weitere Flächenversiegelung stoppen, die Bodenfruchtbarkeit mit der Landwirtschaft erhalten und wiederherstellen und den Einsatz sowie die Nutzung und Veredelung der zur Verfügung stehenden nachwachsenden Rohstoffe fördern.

DIE LINKE will im Bereich Abfallentsorgung eine deutlich verbesserte Umsetzung der ortsnahe Abfallbeseitigung und die Stärkung der stofflichen Abfallverwertung durchsetzen. Die Verbrennung von Abfall ist dafür nicht mehr zeitgemäß. Müllverbrennungsanlagen sollen daher mittelfristig stillgelegt und durch eine mechanisch-biologische Aufbereitung aller Siedlungsabfälle ersetzt werden.

Der Verbraucherschutz muss einen höheren Stellenwert bekommen. Dazu müssen die Menschen in Rheinland-Pfalz einen Zugang zu neutralen Informationen und Beratung erhalten. Der Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom Produkthersteller durch unabhängige Institute erbracht werden. Die Lebensmittelkennzeichnung muss für Verbraucher transparent und verständlich sein. Moderne Verbraucherpolitik ist für uns in erster Linie vorsorgender Verbraucherschutz. Dabei steht im Mittelpunkt, das Verursacherprinzip durchzusetzen. Haftungsregeln und Kostenübernahme müssen so gestaltet sein, dass Verursacher von Schäden und Fehlentwicklungen finanziell und materiell zur Verantwortung gezogen werden.

Der Wald ist mit allen seinen Funktionen in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Besondere Leistungen des Waldes, z. B. als Kohlenstoffspeicher, sind mit geeigneten Maßnahmen zu fördern. Bestrebungen, den Verkauf von Kommunalwald zu ermöglichen, um Haushaltslöcher zu stopfen, erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen die Bevorteilung der Großgrundbesitzer einschränken. Das soll durch eine kostendeckende Beförderung des Großprivatwaldes erreicht werden. DIE LINKE setzt sich für ein Förderprogramm für naturnahe Waldbewirtschaftung und den Ausbau der Beratungsmöglichkeiten für die ca. 100 000 Privatwaldbesitzer mit einer maximalen Fläche von fünf Hektar ein.

DIE LINKE wird sich aktiv dafür einsetzen, dass endlich Tierschutzziele durchgesetzt und verwirklicht werden. Wir streben eine Lösung für eine aufgabengerechte Finanzierung der Tierheime an, forcieren die Entwicklung eines Berufsbildes „Tierheimpfleger“ und die Verankerung des Tierschutzgedankens in den Lehrplänen. Darüber hinaus sieht DIE LINKE gesetzlichen Handlungsbedarf: Wir wollen die Implementierung des vollständigen Verbandsklagerechtes für Tierschutzverbände, wie dies den Naturschutzorganisationen seit Jahren eingeräumt ist.

Massentierhaltung muss verboten werden. Hier ist steter Druck auf die Bundesregierung auszuüben. Die Haltungs- und Transportbedingungen von Nutztieren müssen stärker auf das Tierwohl ausgerichtet sein, der Einsatz von Antibiotika in der Lebensmittelproduktion muss reduziert werden.

DIE LINKE will eine Landwirtschaft, die umweltverträglich ist, einen Beitrag zur regionalen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und zur Erhaltung der Kulturlandschaft leisten. Eine solche

Landwirtschaft ist ein grundlegender Bestandteil des sozial-ökologischen Umbaus. Wir wollen die Förderpolitik diesbezüglich neu ausrichten.

Wir stehen ein für eine flächendeckende, nachhaltige Land- und Forstbewirtschaftung sowie für Gartenbau und eine Fischereiwirtschaft mit regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen. Die Wiederherstellung der Selbstvermarktung und somit die Preissicherung durch regionale Wertschöpfung muss gefördert werden.

Wir setzen uns für kostendeckende Milchpreise und eine Stärkung der Milcherzeuger ein. Auch hier muss durch Investitionsprogramme die Direktvermarktung vor Ort gefördert werden.

Die hier tätigen Betriebe sollen in die Lage versetzt werden, den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie den Anforderungen des Verbraucher-, Natur- und Tierschutzes gerecht zu werden.

Wir wollen das bäuerliche Eigentum schützen und die überbetriebliche Zusammenarbeit fördern. Agrargenossenschaften sind für uns positive Beispiele für demokratisch verfasste, gemeinwohlorientierte Unternehmen.

Die Vielfalt der Eigentumsformen erkennen wir unter der Prämisse an, dass landwirtschaftlicher Boden kein Spekulationsobjekt sein darf und der Boden möglichst denen gehören soll, die ihn bewirtschaften.

Wir wollen, dass die Landwirtschaft insgesamt umweltverträglicher wird, Nutztiere artgerecht gehalten werden und auch arbeitsplatzintensive Wirtschaftsbereiche, z.B. Milchvieh-, Schweine- und Schafhaltung, ihren Platz behalten und ausgeweitet werden.

Auch der ökologische Landbau soll ausgebaut werden. Dazu wollen wir die öffentlichen Mittel der EU und des Bundes und die Landesmittel zielgerichtet für Umwelt- und Sozialleistungen vergeben. Generell soll die Erhaltung von naturschutzfachlich wertvollem Grünland besonders unterstützt werden.

Die Produktion von Lebensmitteln hat Vorrang vor Biomasseerzeugung zur Energiegewinnung, Agrorohstoffe dürfen nur aus zertifiziertem nachhaltigen Anbau kommen.

Zudem wollen wir über den gezielten Einsatz der Fördermittel die Biodiversität stärken und damit beispielsweise Bienen und andere Bestäuber schützen. Unser Ziel ist, dass sich alle Menschen gesunde und ökologisch produzierte Lebensmittel leisten können.

Prinzipiell müssen landwirtschaftliche Produkte so veredelt und weiterverarbeitet werden, dass sie hohen Sicherheitsstandards genügen.

DIE LINKE will den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft verhindern.

Die Alterssicherung der Landwirte und Landwirtinnen soll verbessert und mittelfristig in die gesetzliche Krankenversicherung eingebunden werden.

Dem Kulturgut Wein und der durch den Weinbau entstandenen Kulturlandschaft kommt in Rheinland-Pfalz eine ausschlaggebende touristische Bedeutung zu. Die Kultur des Weinbaus in all seinen wirtschaftlichen und touristischen Facetten kann nur durch den unbedingten Schutz der gewachsenen dörflichen Struktur, des landschaftspflegerischen Weinanbaus und der mittelständisch

geprägten Vermarktung von Weinprodukten gewährleistet werden. Die profitorientierte Massenproduktion steht nicht nur der Qualität des Weines, sondern insbesondere dem traditionellen Charakter des rheinland-pfälzischen Weinbaus entgegen. Wir wollen den ökologischen Weinbau konsequent fördern und ausbauen. Dies schließt eine Begrenzung des Weinbaus auf qualitativ hochwertige Lagen ein, die die natürlichen Voraussetzungen für anspruchsvolle Rebsorten bieten und nicht durch teure und künstliche Eingriffe aufbereitet werden müssen. Eine besondere Förderung für Steillagen und Flusstäler soll fortgeführt und ausgebaut werden, denn sie erhalten den Charakter des rheinland-pfälzischen Weinbaus auch in Hinblick auf seine touristische Anziehungskraft.

Touristen wollen eine intakte Umwelt. Mit Blick auf die Schwerpunkte des rheinland-pfälzischen Tourismusgewerbes wird dies besonders deutlich. Unser Land punktet bei Weintouristen, beim Wander- und Fahrradtourismus sowie mit den Wassertourismusangeboten an Rhein und Mosel. Um diese langfristig erhalten zu können, ist die Entwicklung eines sanften Tourismus unabdingbar.

In Rheinland-Pfalz werden derzeit immer wieder Großprojekte auf Landes- und Kommunalebene als Heilsbringer gefeiert und entpuppen sich doch stets als Büchse der Pandora. Es wird versprochen, dass durch sie viel mehr Geld in die Taschen der Menschen vor Ort fließen und die Region gestärkt würde. Für diesen verheerenden Trugschluss stehen exemplarisch das politische Desaster am Nürburgring und die Pleite des Freizeitparks als Merkmal einer gescheiterten Tourismuspolitik. Denn die hauptsächlichen Charakteristika solcher Großprojekte sind nicht die ihrer Verheißungen, sondern in erster Linie die Bebauung großer Flächen aufgrund ihres Platzbedarfes, das Absaugen von Kaufkraft aus der umliegenden Region und damit die Zerstörung des organisch gewachsenen touristischen Familienbetriebes und des Mittelstandes.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- Umwelt-, Klima- und Naturschutz sollen Verfassungsziel auf Bundes- und Landesebene werden. DIE LINKE tritt für ein vollständiges und umfassendes gesetzliches Verbot für den Abbau von Schiefergas durch Fracking ein. Dafür sind entsprechende Bundesratsinitiativen des Landes Rheinland-Pfalz notwendig.
- einen weiteren Nationalpark in Rheinland-Pfalz nach umfassender Prüfung der Gebiete, um den Schutz der natürlichen Artenvielfalt zu gewährleisten, und die Umsetzung der Pläne und Maßnahmen in bereits bestehenden Schutzgebieten
- eine nachhaltige Forstwirtschaft für kommende Generationen. Wir lehnen die Aufforstung in Monokulturen und großflächige Kahlschläge ab und setzen stattdessen auf Waldverjüngung. Anstelle einer rein betriebswirtschaftlich orientierten Forstarbeit machen wir uns für eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung stark.
- die Zerschneidung natürlicher Lebensräume durch Straßen- und Schienenbau, die Zersiedelung der Landschaft, den Flächenverbrauch durch Versiegelung und den landwirtschaftlichen Flächenverbrauch unter Natur- und Landschaftsschutzaspekten eng zu begrenzen
- die Renaturierung von Fluss- und Bachläufen und den Schutz von Flussauen und natürlichen Überschwemmungsgebieten

- Die weitere Ausweisung von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten, von Wasser-, Natur- und Landschaftsschutzgebieten soll Vorrang vor gewerblicher, verkehrlicher und landwirtschaftlicher Nutzung haben.
- keine neuen Kohlekraftwerke, keine neuen Müllverbrennungsanlagen und ein Moratorium für die Nutzung von Geothermie bis zur vollständigen und nachhaltigen Klärung der Risiken für Mensch, Natur und Umwelt
- die konsequente Förderung privater und genossenschaftlicher Investitionen in erneuerbare Energien, Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden und mehr Forschung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe
- die Förderung von Betrieben und Genossenschaften des Biolandbaues und dezentraler Produktionsweisen
- die Förderung der regionalen Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen
- die Förderung einer regional nachhaltigen Landwirtschaft und einer artgerechten Tierhaltung faire Milchpreise für die Erzeuger und die konsequente Einschränkung von Tiertransporten durch regionale Wirtschaftskreisläufe
- regelmäßige unangekündigte Kontrollen in der Lebensmittelverarbeitung und Lebensmittelproduktion
- Gentechnik in der Landwirtschaft zu verbieten, auch in Form von Forschungsfeldern. Wir unterstützen Initiativen für gentechnikfreie Regionen.
- eine transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung, z.B. durch die Einführung der sogenannten Lebensmittellampel
- alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um ein Verbot von Glyphosat (Pestizid) durchzusetzen.

6) Für eine Wirtschaft, die den Menschen dient

Die Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz zerfällt zusehends. Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen oder Brücken sind teilweise in einem desolaten Zustand. Deshalb wollen wir mit einem landesweiten Investitionsprogramm gegensteuern. Daher lehnen wir die sogenannte Schuldenbremse ab, die dafür keinerlei Spielräume eröffnet. Auch der Investitionsstau, den wir in Form einer maroden Infrastruktur auf kommende Generationen übertragen, wird von unseren Kindern bezahlt werden müssen. Jede Investition, die heute unter dem Diktat der „schwarzen Null“ und durch Schuldenbremsen verhindert wird, wird sich morgen auf der Schuldenseite wiederfinden. Weder der kommunale Entschuldungsfonds noch wirkungslose Reformversuche der Kommunalfinanzen haben den Städten, Kreisen und Gemeinden die vom Land versprochene Entlastung gebracht.

Im Gegenteil – während die Landesregierung nach wie vor dreistellige Millionenbeträge für Prestigeprojekte verschleudert, wird die öffentliche Daseinsvorsorge immer mehr zusammengestrichen. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Kommunen durch ein Gemeindefinanzierungsgesetz unabhängig von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung mit dem notwendigen Geld ausgestattet werden – so, wie es unsere Landesverfassung vorschreibt. Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge sind Bestandteil unserer Verfassung und unter Beachtung des Konnexitätsprinzips zu finanzieren. Wir unterstützen deshalb Klagen gegen das Land, die die Umsetzung erzwingen sollen. Zudem fordern wir statt pauschaler Entschädigungen die Einführung von Spitzabrechnungen zur Ermittlung der tatsächlich entstandenen Kosten.

Die teure, aber kontraproduktive Konkurrenz der Kommunen um Gewerbeansiedlungen und das Werben um die Niederlassung reicher SteuerbürgerInnen muss aufhören. Diese über die Hebesätze der Kommunalsteuern und künstlich verbilligte Gewerbeimmobilien ausgetragene Konkurrenz führt häufig zur Entstehung sogenannter Speckgürtel außerhalb der Regionalzentren. Wir schlagen einen horizontalen, interkommunalen Finanzausgleich vor, landesgesetzlich gerechter gestaltete und angegliche Hebesätze für die Kommunalsteuern sowie staatliche Preiskontrollen für die Bereitstellung kommunaler Flächen als gewerbliche Immobilien auf der Basis realer Erschließungskosten.

Um die Einnahmenseite des Landes und der Kommunen zu stärken, muss Reichtum stärker besteuert werden. Wir brauchen einen deutlich höheren Spitzensteuersatz, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erbschaftsbesteuerung, die ihren Namen verdient. Kapitalerträge müssen wieder mit dem individuellen Steuersatz belegt werden. Dafür sind entsprechende Bundesratsinitiativen notwendig. Das Land selbst muss zusätzliche Steuerprüferinnen und Steuerprüfer einstellen und dadurch gewährleisten, dass die seit Jahren bestehende Lücke zwischen Steuerveranlagung und realen Steuereinnahmen geschlossen wird.

DIE LINKE wird sich für die Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen. Unsere Alternative heißt aber nicht „Aktionärs- oder Staatswirtschaft“ sondern Belegschaftsbeteiligung. Das MitarbeiterInnenmodell garantiert Mitbestimmung für die Beschäftigten, so dass diejenigen, die betroffen sind, auch diejenigen sind, die mitentscheiden. Durch das MitarbeiterInnenmodell wollen wir Arbeit sichern, industrielle Strukturen erhalten, ausbauen und modernisieren sowie die

Demokratisierung der Wirtschaft einleiten.

Nirgends sind die Auswirkungen der Umverteilungspolitik von unten nach oben so deutlich sichtbar wie in unseren Städten und Gemeinden. Im föderalen System sind die Kommunen das schwächste Glied und befinden sich seit Jahrzehnten in einer strukturellen Finanzkrise, unabhängig von konjunkturellen Schwankungen. Als Konsequenz aus der strukturellen Unterfinanzierung wird in den Kommunen die öffentliche Daseinsvorsorge kontinuierlich ausgedünnt und verantwortungsbewusstes kommunales Handeln dem Spardiktat untergeordnet.

Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE ein Zukunftsinvestitionsprogramm für den Erhalt und den Ausbau der kommunalen Infrastruktur. Durch Infrastrukturmaßnahmen wie Gebäudesanierungen oder dringend notwendige Erhaltungs- und Erweiterungsinvestitionen in Strom-, Gas-, Wasser- und Abwassernetze entstehen gerade auch für mittelständische Unternehmen mehr Aufträge und wirtschaftliches Wachstum. Durch Investitionen in die kommunale Infrastruktur werden somit die Konjunktur belebt und Arbeitsplätze geschaffen.

Neben der kommunalen Infrastruktur sind Investitionen in Bildung, Erziehung und Wissenschaft genauso dringend erforderlich wie die Modernisierung des Landes durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung einer ökologischen Landwirtschaft und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs. Grundsätzlich wollen wir Finanzleistungen des Landes an die Kommunen als allgemeine Zuweisungen ohne Zweckbindung organisieren, damit vor Ort selbstständig über die Mittelverwendung entschieden werden kann.

Die Digitalisierung des Lebens ist ein fundamentaler Baustein für die Zukunft unseres Landes. Private und geschäftliche Beziehungen werden heute zu großen Teilen im Internet gepflegt. Es bedarf daher einer zeitgemäßen politischen Antwort auf die drängenden netzpolitischen Fragen. Die Verfügbarkeit des schnellen Internets ist zu einem wichtigen Standortfaktor für die Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben und die Schaffung von Wohngebieten geworden. Darum fordert DIE LINKE, den Breitbandausbau voranzutreiben und "weiße Flecken", also Gebiete mit unzureichender Internetversorgung, schnell an das weltweite Datennetz anzubinden. Dabei darf der Breitbandausbau nicht alleine gewinnorientierten Unternehmen überlassen werden, denn sonst bleiben dünn besiedelte Gebiete mit niedrigen Renditeaussichten dauerhaft ohne ausreichende Internetversorgung. Auch die Verbreitung von offenen und freien WLAN-Zugängen wollen wir fördern. Daher will DIE LINKE in Landesbehörden freie WLAN-Netze einrichten. Um auch in Zukunft das Internet als freien Raum gestalten zu können, lehnt DIE LINKE den weiteren Ausbau der staatlichen Überwachungsinfrastruktur ab. Wir wollen den Schutz privater Daten sicherstellen und staatliche Daten für alle Bürgerinnen und Bürger frei verfügbar machen. Das Transparenzgesetz muss daher verbessert, der Katalog der nichtöffentlichen Daten überarbeitet und die Veröffentlichungspflicht auch auf Kommunen ausgeweitet werden.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- ein Gemeindefinanzierungsgesetz, das eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen gewährleistet, wie es der rheinland-pfälzische Verfassungsgerichtshof verlangt hat
- einen horizontalen, interkommunalen Finanzausgleich, landesgesetzlich gerechter gestaltete und angegliche Hebesätze für die Kommunalsteuern sowie staatliche Preiskontrollen für die Bereitstellung kommunaler Flächen

- die Einführung des strikten Konnexitätsprinzips, um die Gemeinden vollständig von den Kosten der durch Bund oder Land übertragenen Aufgaben zu entlasten
- eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz zur Abschaffung der Schuldenbremse
- die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage auf Bundesebene
- Um ein Mindestmaß an Selbstverwaltungsaufgaben und freiwilligen Leistungen gewährleisten zu können, brauchen überschuldete Kommunen einen Schuldenschnitt.
- eine kommunale Investitionspauschale des Bundes für überschuldete und strukturschwache Kommunen
- eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an den Gemeinschaftssteuern
- den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer
- deutlich mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer auf Landesebene und die jährliche Prüfung aller steuerpflichtigen Unternehmen
- die Demokratisierung der Wirtschaft durch die Förderung von Teilhabemodellen und die Koppelung von Subventionen an Mitbestimmungsrechte der Belegschaften
- die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen – nicht umgekehrt. Deshalb sehen wir in der gezielten Förderung der Gemeinwirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe einen besonderen Schwerpunkt unserer Politik.
- kleine und mittlere Unternehmen sowie das regional ansässige Handwerk als Basis und Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes besser zu fördern und die bisher eingerichteten Fonds und Programme in ihrem Volumen deutlich aufzustocken
- Business Improvement Distrikte (BID) sind aufgeschlossen, aber kritisch zu prüfen. Einzelhändler zu Werbegemeinschaften zusammenschließen, dabei Synergieeffekte zu nutzen und mit einem gemeinsamen Marketingkonzept Produkte zusammen mit ihrem Quartiersumfeld zu bewerben, kann sinnvoll sein. Wenn allerdings über die Errichtung von BIDs der öffentliche Raum und dessen Nutzung durch alle Menschen eingeschränkt werden soll oder Unternehmen willkürlich nach selbstgeschaffenen Regeln Freiheits- und Versammlungsrechte zugunsten des Profits außer Kraft setzen wollen, wird dies auf entschiedenen Widerstand der LINKEN in Rheinland-Pfalz stoßen.
- Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, gezielt mit Hilfen des Landes zur Selbsthilfe zu unterstützen. Die Einrichtung eines Liquiditätsfonds und von Zins- und Darlehensmoratorien ist zu prüfen; sie sollten bei der kommunalen Wirtschaftsförderung angesiedelt werden. Über die Vergabe von Fördermitteln sollen demokratisch legitimierte Gremien unter transparenten Bedingungen und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entscheiden.
- die Kommunalwirtschaft insgesamt zu stärken. Sie hat vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise an Bedeutung gewonnen. Kommunale Unternehmen, einschließlich der

Sparkassen und Genossenschaftsbanken, haben einen enormen Vertrauenszuwachs erfahren. Es muss darauf hingewirkt werden, dass sich öffentlich-rechtliche Kreditinstitute wieder verstärkt ihrem Kerngeschäft, der Kreditierung der lokalen Wirtschaft und den Kleinanlegern, widmen. Insbesondere die Dispozinsen müssen deshalb flächendeckend gesenkt und langfristig gedeckelt werden. Dies dient auch dem Verbraucherschutz und dämmt den Anstieg der Verschuldung von Privathaushalten ein.

- die kommunale Trägerschaft der Sparkassen zu erhalten und demokratische Kontrollinstrumente auszubauen
- den Aufbau einer leistungsfähigen Versorgung des Landes mit Breitbandnetzen endlich zu forcieren und damit sowohl Handwerk und Gewerbe als auch privaten Nutzern den Zugang zu den Informationstechnologien zu ermöglichen.

7) Dezentral und regenerativ – unsere Energiepolitik

Die Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien und die Abkehr von fossilen Brennstoffen sind ebenso wie der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie eine Überlebensnotwendigkeit für die Menschheit. DIE LINKE will mit der Energiewende auch sicherstellen, dass der Energieverbrauch für die privaten Endverbraucher bezahlbar bleibt und diese nicht länger gezwungen werden, die Energiekosten ganz oder teilweise für die Privatwirtschaft zu tragen.

Zu den grundsätzlichen strategischen und politischen Weichenstellungen für eine sichere, bezahlbare und ökologisch sinnvolle Energieversorgung gehören die vollständige Rekommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter ehemals kommunaler Energieversorgungsunternehmen und die konsequente Fortsetzung der Energiewende unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle. Wir wollen eine dezentrale Energieerzeugung und –vermarktung durch kommunale Stadtwerke. Die Finanzierung der Energiewende soll nicht über Umlagen, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen erfolgen, die Stromsteuer und weitere Energieabgaben für Endverbraucher gesenkt und die Wirtschaft angemessen an den Kosten des Netzausbaus beteiligt werden.

Dazu werden Bundesratsinitiativen des Landes Rheinland-Pfalz notwendig sein.

Eine entscheidende Rolle bei der Energiewende kommt der Nutzung von Windkraft zu. Soll Rheinland-Pfalz seine Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umstellen, beträgt der Anteil der Windenergie mindestens 60 Prozent. Ohne den konsequenten Ausbau der Windkraft sind die vereinbarten Klimaziele deshalb nicht zu erreichen und ist eine Energieversorgung auf Basis regenerativer Energien unmöglich. Deshalb müssen die politische Debatte versachlicht und die Vorgaben des Landesentwicklungsplans überarbeitet werden. Unter Beachtung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger und der Erfordernisse des Natur- und Landschaftsschutzes sowie berechtigter Forderungen von Bürgerinitiativen soll die Nutzung durch Windenergie- und Photovoltaikanlagen weiter vorangetrieben werden. Der Einklang von Kulturdenkmälern und Landschaftsbild soll dabei gewahrt bleiben. Neben den bereits im Landesentwicklungsplan verankerten Ausschlussgründen für Windkraftanlagen sollen auch bisher nicht geschützte Flächen mit besonderer Bedeutung für Flora und Fauna von Windenergie- und Photovoltaikanlagen frei gehalten werden, wenn anerkannte Naturschutzverbände entsprechende Gutachten zur Schutzbedürftigkeit bestimmter Tier- und Pflanzenarten im Plangebiet vorlegen können. Der Landesentwicklungsplan der rot-grünen Landesregierung muss mit umfassender Bürgerbeteiligung dahingehend verbessert werden. Wo Schutzzwecke von bewaldeten Kernzonen oder schützenswerte Kulturlandschaften im Konflikt mit der Windkraftnutzung stehen, muss nach Kompromissen gesucht werden und müssen Windparks beispielsweise entlang von Straßen- oder Bahntrassen oder gewerblich genutzten Flächen errichtet werden.

Weil die Energiewende bürgernah umgesetzt werden soll, wollen wir die kommunalen Energieversorger als demokratisch kontrollierte Partner der privaten Endverbraucher organisieren. Deshalb sollen die Kommunen ein sozial strukturiertes Sockeltarifmodell einführen, bei dem alle privaten Haushalte ein gebührenfreies Grundkontingent erhalten. Ein darüber hinausgehender

Energieverbrauch wird mit stufenweise ansteigenden Tarifen bezahlt. Bis zur Realisierung dieses Konzepts ist die „Bestabrechnung“ wieder einzuführen.

Energie soll künftig möglichst dezentral erzeugt werden. Im Rahmen des Konzepts „Energie aus Bürgerhand“ soll das Land die Gründung und die Tätigkeit von örtlichen und regionalen Energiegenossenschaften fördern, die Wind- und Wasserkraft, Biomasse und Solartechnik als Grundlagen für die ökologisch zu erzeugende regenerative Energie nutzen.

Die Nutzung der Geothermie befindet sich auch in Rheinland-Pfalz noch im Versuchsstadium und ist in Bezug auf das Erdbebenrisiko nicht ausreichend abgesichert. Die Schließung der Versuchsanlage in Landau zeigt, dass das Stadium der praktischen Nutzbarkeit dieser Energieform noch nicht erreicht ist. DIE LINKE besteht darauf, dass auch bei zukünftigen Versuchsanlagen alle Gefahrenrisiken für Mensch und Umwelt ausgeschlossen werden.

Laut Medienberichten soll es im Nordpfälzer Bergland und im oberen Rheingraben Schiefergasvorkommen geben, die durch Fracking erschlossen werden könnten. Die BASF-Ludwigshafen hat dazu bereits 2013 in der Öffentlichkeit verkündet, dass das Unternehmen Fracking-Methoden erforschen wolle und den Einsatz von Fracking im In- und Ausland prüfe. Beim Fracking kommt es zum Einsatz gesundheitsgefährdender, hochgiftiger Chemikalien. Dadurch könnte insbesondere Trinkwasser verunreinigt und ungenießbar werden. DIE LINKE tritt deshalb für ein generelles gesetzliches Verbot von Fracking ein.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- die dezentrale Energieerzeugung und -versorgung in Rheinland-Pfalz durch einen Mix aus 100 Prozent regenerativen Energien bis spätestens 2030
- alle Energieverbraucher in die dringend notwendige Energiewende einzubeziehen, ärmere private Haushalte zu entlasten sowie Strom- und Gassperren zu verbieten. Dazu soll ein sozialer Sockeltarif für Energie eingeführt werden, der ein Grundkontingent kostenlos zur Verfügung stellt und durch höhere Tarife für überdurchschnittliche Verbräuche kostenneutral gestaltet werden kann.
- einen Zuschuss von 150 Euro als „Abwrackprämie“ für die Neuanschaffung elektrischer Großverbraucher für ärmere Haushalte
- zur Unterstützung dringend notwendiger Energiesparmaßnahmen ein flächendeckendes Netzwerk von kompetenten Energiesparhelfern, die auf Wunsch private Haushalte in Energiefragen beraten
- die Förderung des sparsamen Umgangs mit Energie. Bei öffentlichen Neubauten streben wir mittelfristig Null-Emmissions-Häuser an.
- die tabulose, kritische Überprüfung und Änderung der Regelungen zur Entlastung von Unternehmen mit hohem Strombedarf. Ausnahmegenehmigungen müssen Ausnahmen bleiben.

8) Demokratische und transparente Strukturen für Bürgerinnen und Bürger

Damit Rheinland-Pfalz demokratischer wird, müssen Quoren für Bürgerentscheide gesenkt,

Ausschlusskataloge abgeschafft und auf allen Ebenen das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt werden: Es gibt keine Ausschlussgründe für demokratische Entscheidungen und ganz besonders die junge Generation soll mitentscheiden, wie ihr Land aussehen soll!

DIE LINKE unterstützt die Einführung von kommunalen Bürgerhaushalten in den Städten und Landkreisen, denn die Bürgerinnen und Bürger haben ein Mitspracherecht, wofür ihr Geld ausgegeben wird und wofür nicht. Direkte Demokratie und demokratische Mitbestimmung müssen insbesondere in die Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge Einzug halten. Um die Demokratie zu vollenden, muss die Gleichstellung der Geschlechter und Lebensweisen genauso wie die Gleichberechtigung unterschiedlicher Weltanschauungen, Religionen und der ethnischen Herkunft gewährleistet sein. Gelebte Demokratie kann sich nur auf gleicher Augenhöhe im gegenseitigen Respekt aller menschlichen Unterschiede entfalten.

Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist nicht der Aushöhlung durch Landesgesetze und Rechtsverordnungen preiszugeben. In unserem Selbstverständnis als demokratische Bürgerrechtspartei wenden wir uns gegen die fortschreitende Beschränkung von Grundrechten und unterstützen den weiteren Ausbau der Regelungen zur Informationsfreiheit: Die öffentliche Verwaltung muss transparenter werden, Entscheidungsgrundlagen sollen den Menschen kostenlos zugänglich gemacht werden.

Medien müssen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich allseitig zu informieren und zu äußern; sie müssen Aufklärungs-, Bildungs- und Kulturprozesse befördern. Zum Faktor demokratischer Meinungsbildung werden sie erst dann, wenn sie zur Kontrolle privater und staatlicher Macht und zur Beteiligung an politischen Entscheidungen befähigen. Wir fordern, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk gestärkt wird und im Bereich der neuen Rundfunkübertragungswege auch Möglichkeiten einer umfassenden Bestands- und Entwicklungsgarantie erhält.

Die schier unüberwindlichen Hürden für direkte Demokratie in der rheinland-pfälzischen Verfassung müssen bürgerfreundlicher und praxistauglicher gestaltet werden. Um ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen, müssen beispielsweise wesentlich mehr Unterschriften gesammelt werden, als eine politische Partei Stimmen für die Überwindung der 5-Prozent-Hürde benötigt. Und selbst wenn es unter diesen demokratiefeindlichen Umständen zu einem Volksentscheid käme, so wäre dieser an ein Mindestbeteiligungsquorum von 25 Prozent der Wahlberechtigten gebunden.

Auch auf kommunaler Ebene muss eine Bürgerbeteiligungskultur entwickelt und ausgebaut werden. Wir begrüßen die Aufnahme des sogenannten Ratsbürgerentscheids in die Gemeinde- und Landkreisordnung, wonach Gemeinderäte die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen können.

In den Kommunen werden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die unser Leben unmittelbar berühren. Die Städte, Gemeinden und Kreise übernehmen viele Aufgaben der Daseinsvorsorge. Wenn die Kommunen diese Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können, bekommen das die Menschen zu spüren. Aufgrund der Steuerpolitik von SPD und Grünen, CDU und FDP stehen heute fast alle Kommunen vor dem finanziellen Ruin. Sie können ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen und

verscherbeln mit der Privatisierung kommunalen Eigentums ihr Tafelsilber. Die Patentrezepte der neoliberalen Privatisierungsideologie haben sich für die meisten Kommunen als Flop herausgestellt. Cross-Border-Leasing-Modelle haben sich ebenso wie „Public-Private-Partnership“-Projekte als unsolide und sehr teuer erwiesen. Die öffentliche Daseinsvorsorge wird ausgedünnt: Schwimmbäder werden abgerissen, Bibliotheken, Theater, Museen schließen, andere öffentliche Einrichtungen, insbesondere die Betriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge, werden privatisiert. Kommunale Straßen gleichen Schlaglochpisten, Innenstädte verfallen, die Kanalisation und das Stromnetz sind marode und drohen in absehbarer Zeit zusammenzubrechen. Die öffentliche Verwaltung wird ausgedünnt, soziale Dienstleistungen werden zurückgefahren und Vereinen aus Kultur und Sport die Zuwendungen gestrichen. Gerade in den ländlich geprägten Regionen fehlt es zunehmend an grundlegenden Einrichtungen für die Aufrechterhaltung von öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Bildung. DIE LINKE tritt für bezahlbare Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ein.

Ein Frontalangriff auf die öffentliche Daseinsvorsorge wird durch die Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA geführt. Sie stellen einen massiven Eingriff in die kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar. Derzeit finden zwischen der EU, den USA und Kanada Geheimverhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zum Freihandelsabkommen TTIP (EU–USA), zum Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA (EU–Kanada) und zum Handel mit Dienstleistungen TiSA (EU-multilateral) statt. Obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies entspricht nicht unserem Verständnis von Demokratie. Vielmehr muss die Einbeziehung in die Verträge so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist. Im Zentrum der TTIP-Verhandlungen steht das gegenseitige Absenken von „nichttarifären Standards“ im ökologischen und sozialen Bereich. Gegen solche sogenannten Handelshemmnisse sollen Konzerne aus Gründen des Investitionsschutzes ein Sonderklagerecht erhalten. Es ist daher zu befürchten, dass politische Gremien durch milliarden schwere Entschädigungsklagen erfolgreich eingeschüchtert werden, so dass flächendeckende Tarifverträge, ein gesetzlicher Mindestlohn, gesetzlich garantierte Sozialleistungen unter einem noch größeren Rechtfertigungsdruck stehen als heute. Damit verbunden ist eine weitere Privatisierungswelle im öffentlichen Sektor, von der beispielsweise auch die kommunalen Energieversorger betroffen sein könnten. Alle drei Handelsabkommen enthalten sowohl eine Stillstands- als auch eine sogenannte Ratchet-Klausel. Die Stillstandsklausel legt fest, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder aufgehoben werden darf. Die Ratchet-Klausel besagt, dass öffentlich-rechtliche Unternehmen wie etwa kommunale Stadtwerke, die einmal von einem privaten Investor gekauft wurden, niemals wieder rekommunalisiert werden dürfen. Mit diesen „Ewigkeitsrechten“ werden demokratische Entscheidungen in diesen Bereichen faktisch abgeschafft und die öffentliche Daseinsvorsorge privaten Profitinteressen untergeordnet. Für den öffentlichen Dienstleistungssektor wird ein "allgemeines wirtschaftliches Interesse" deklariert. Dadurch werden die Gebietskörperschaften gezwungen, diese gemäß der vorgesehenen "Marktzugangsverpflichtung" im Wettbewerbsverfahren – möglicherweise künftig weltweit – auszuschreiben. Diese Marktzugangsverpflichtung untersagt lokale Monopole und ausschließlich kommunale Dienstleistungserbringer. Somit würde einer Kommune zwar nicht vorgeschrieben, wie sie die öffentliche Daseinsvorsorge zu erbringen hat. Die Marktzugangsverpflichtung könnte jedoch dazu führen, dass neben den kommunalen auch private

Unternehmen die Daseinsvorsorgeaufgaben wahrnehmen können müssen und Rechtsform einschränkungen für die Erbringung nicht zulässig sind. Daher ist es wichtig sicherzustellen, dass die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge prinzipiell nicht von einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft erfasst sind.

Die Versuche der Landesregierung, eine tiefgreifende Kommunal- und Verwaltungsreform durchzuführen, sind vor Ende der Landtagslegislaturperiode nicht einmal bis zur „Halbwegmarkierung“ gediehen und müssen deshalb als gescheitert angesehen werden. Nur punktuelle Gebietsveränderungen lehnt DIE LINKE ebenso ab wie kreisübergreifende Fusionen von Verbandsgemeinden, weil gerade diese die sozialen Bezüge zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern häufig nicht berücksichtigen. Wir halten daran fest, dass kommunale Gebietsveränderungen stets im Rahmen eines Gesamtkonzeptes und unter intensiver Einbeziehung aller betroffenen Gebietskörperschaften und Bewohner zu diskutieren sind. Die Notwendigkeit veränderter Gebietszuschnitte bemisst DIE LINKE allein daran, ob die davon unmittelbar Betroffenen darin eine Stärkung ihrer bürgerschaftlichen Mitentscheidungsmöglichkeiten erkennen können. Deshalb will DIE LINKE unbedingt vor jeder Entscheidung mit den betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern vor Ort ins Gespräch kommen, um gemeinsam herauszufinden, ob und unter welchen Umständen die Gebiets- und Verwaltungsreform weitergeführt werden soll. Unser Mittel der Wahl für eine Kommunalreform heißt Bürgerentscheid!

Sicherheit für und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger

Statt Videoüberwachung öffentlicher Plätze, Schulen und in öffentlichen Verkehrsmitteln wollen wir mehr Personal bei Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten, um gesellschaftlich notwendige öffentliche Ordnung und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. Denn der Stellenabbau der letzten Jahre hat dazu geführt, dass die Polizei ihre Aufgaben oft nur noch bedingt erfüllen kann.

Für Sicherheit und Ordnung ist die Polizei zuständig, die Übertragung solcher Aufgaben auf private Sicherheitsdienste lehnen wir ab. Wir wollen mehr Fortbildung für Polizeibeamte und sprechen uns gegen Bürgerwehren und freiwillige Polizeidienste aus.

V-Leute wollen wir abschalten, Geheimdienste wie der Verfassungsschutz sollen nicht an Bildungseinrichtungen werben dürfen.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- die Landesregierung auf, sich klar gegen TTIP, CETA und TiSA zu positionieren. DIE LINKE setzt sich zusammen mit der außerparlamentarischen Bewegung für fairen Handel zum Wohl der Menschen unter demokratischen und transparenten Bedingungen ein.
- Sicherung und Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge und will die hierfür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen schaffen. Wir fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz für den Ausbau und die Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung, der Strom- und Erdgasnetze, der Abwasserbeseitigungsanlagen und anderer Infrastruktureinrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- bereits privatisierte oder teilprivatisierte Unternehmen der Gas-, Wasser- und

Elektrizitätsversorgung, der Müllabfuhr, der Abwasserbeseitigung, privatisierte Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser und Betriebe im Verkehrs- und Beförderungswesen wieder in öffentliches Eigentum zu überführen und damit unter demokratische Kontrolle zu stellen

- “Public-Privat-Partnership”-(PPP)-Projekte nicht weiter zu verfolgen, weil sie teuer und ohne demokratische Gestaltung und Kontrolle verwirklicht werden
- mehr Transparenz und Öffentlichkeit in allen Phasen der Entscheidungsvorbereitung sowie Teilhabe an Entscheidungen im Rahmen der repräsentativen Demokratie oder in Form direkter Demokratie
- das Konzept der »gläsernen Rathäuser und Kreisverwaltungen« zu intensivieren, denn mehr Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit sind eine wesentliche Voraussetzung für die tatsächliche kommunale Selbstverwaltung
- das kommunale Satzungsrecht zu stärken und eine verbindliche Beteiligung der Einwohnerschaft zu sichern
- Bürgerhaushalte auf kommunaler Ebene und die frühzeitige Einbeziehung der Menschen insbesondere in kommunale Planungsvorhaben
- die Mitwirkung der Bürgerschaft bei Haushaltsentwürfen gesetzlich zu regeln und die öffentliche Rechenschaftslegung über den laufenden Haushaltsvollzug sowie die Offenlegung aller Berichte der örtlichen und überörtlichen Kommunalprüfungen sicherzustellen
- die Verringerung der Zahl notwendiger Unterschriften auf 10 000 für Volksinitiativen
- die freie Sammlung von 100 000 Unterschriften in vier Monaten für Volksbegehren. Unterschriftsberechtigt soll jede und jeder sein, die/der das 16. Lebensjahr vollendet und seit mindestens sechs Monaten den ersten Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hat.
- die Absenkung der Unterschriftenquoten auf vier Prozent der Wahlberechtigten beim Bürgerbegehren und die ersatzlose Streichung der Mindestbeteiligungsquoten
- die ersatzlose Streichung der Ausnahmetatbestände bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden
- das kommunale Wahlrecht für alle Menschen ohne deutschen Pass, die mindestens sechs Monate ihren Erstwohnsitz in der Kommune haben
- das generelle Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, bei Versammlungen und Demonstrationen
- das Verbot von Agents Provocateurs und Polizeikesseln
- die Auflösung der Verfassungsschutzbehörde, stattdessen den Aufbau einer Landesstelle für Demokratie und Bürgerrechte
- die Gewährleistung unabhängiger, umfassender, unmittelbarer und unparteiischer

Untersuchungen, wenn Polizisten Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden

- den Einsatz von sogenannten Reizgasen wie beispielsweise Pfefferspray auf individuelle Notwehrsituationen im Sinne des StGB zu begrenzen
- ein Verbot des Tragens von Schusswaffen bei Demonstrationen und Großveranstaltungen.

9) Für ein buntes und offenes Rheinland-Pfalz

Kein Mensch ist illegal

Die Situation von Millionen Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien, die unveränderte Kriegssituation in Afghanistan, die Verfolgung von Frauen, Genitalverstümmelung wegen sogenannter Ehrverstöße und die existenzbedrohende Diskriminierung der Roma in den Balkanstaaten konfrontieren die reichen Staaten der Europäischen Union mit den Folgen ihrer eigenen Politik. Wir fühlen uns an die humanistische Aufgabe, die Verpflichtung zum Schutz von Menschen vor Krieg, Verfolgung und menschenunwürdigen Lebensbedingungen, gebunden. Grundsätzlich müssen die Fluchtursachen Krieg, Vertreibung, Verfolgung und soziale Notlagen und nicht die Flüchtlinge bekämpft werden. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass für Flüchtlinge legale und sichere Fluchtwege geschaffen werden. Flüchtlinge sind nach einem ausgewogenen, gerechten und anhand der volkswirtschaftlichen Leistungskraft nachvollziehbaren Schlüssel auf alle Staaten der europäischen Union gleichmäßig zu verteilen. Für Staaten in sozialen und wirtschaftlichen Krisen sind Ausnahmeregelungen zu schaffen.

Gerade waffenexportierende Länder wie Deutschland tragen eine bedeutende Mitverantwortung für Kriege, Hunger und Armut. Das setzt uns in die Verpflichtung, Menschen, die vor diesen Zuständen fliehen, Schutz vor Gewalt, Verfolgung und menschenunwürdigen Lebensbedingungen zu gewähren. Doch stattdessen wird in Deutschland eine Flüchtlingspolitik betrieben, die auf Ausgrenzung und Repression basiert.

Hilfe und Asyl nicht nur für die Fittesten! Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass weder legale noch illegale Fluchtwege für alle Flüchtlinge und Asylsuchenden gleichermaßen zugänglich sind. Arme und mittellose Menschen erreichen oft nicht einmal die Flüchtlingslager am Rande der Kriegsgebiete. Sie sind der Willkür und Gewalt in ihren Heimatländern schutzlos ausgeliefert. Frauen, Kinder, Alte und Kranke stellen jeweils eine besonders schutzbedürftige Gruppe dar. Frauen sind unter den Flüchtlingen stark unterrepräsentiert. Wenn Frauen unser Land doch erreichen, befinden sie sich oft in großer Abhängigkeit von ihren männlichen Familienmitgliedern und/oder in großer Verantwortung für ihre Kinder. Die bestehende Benachteiligung von Frauen, Kranken, Kindern und Alten gilt es so gut wie möglich auszugleichen.

DIE LINKE fordert deswegen spezielle, nur den Frauen vorbehaltene Sprachkurse und eine eigenständige Unterstützung bei der gesellschaftlichen Eingliederung sowie der Wohnungs- und Arbeitssuche. Der Familienzusammenführung sollte generell hohe Priorität in Rheinland-Pfalz eingeräumt werden. Der Großteil der hier ankommenden Flüchtlinge sind junge Männer, die sich ohne ihre Familie auf die risikoreiche Flucht gemacht haben. Ohne Familiennachzug und als Einzelpersonen haben Flüchtlinge und Asylsuchende es ungleich schwerer, sich zu integrieren, als mit dem Rückhalt ihrer Familien und familiären Verhältnisse.

Wir werden der Wiedereinführung der Residenzpflicht für Asylbegehrende und Geduldete entschieden entgegenzutreten. Wir wollen nicht, dass Flüchtlinge in überfüllte Aufnahmeeinrichtungen oder behelfsmäßige Notunterkünfte gepfercht werden, wo sie unter

menschenunwürdigen Bedingungen leben und teilweise sogar unter freiem Himmel übernachten müssen. Stattdessen wollen wir, dass zehntausende oft aus Spekulationsgründen leerstehende Wohnungen zur dezentralen und sozial integrierenden Unterbringung genutzt werden. Dafür ist die landesgesetzliche Regelung eines kommunalen Satzungsrechts für Zwangsbelegungen leerstehender Wohnungen notwendig. Auf dem Wohnungsmarkt darf keine Konkurrenzsituation entstehen, in der unterschiedliche sozial ausgegrenzte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. DIE LINKE fordert deshalb eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und ein ausreichendes Angebot an günstigem Wohnraum für alle Menschen mit niedrigem Einkommen.

Die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen für eine gute Aufnahme von Flüchtlingen müssen systematisch gestärkt werden, strukturell, ideell und finanziell. Andererseits dürfen dringend notwendige staatliche Aufgaben, etwa die qualifizierte psychosoziale Betreuung und Behandlung traumatisierter Flüchtlinge, nicht hierfür nicht ausgebildeten Helferinnen und Helfern überlassen bleiben. Das Land und die Kommunen stehen in der Pflicht, eigene Konzepte für die Aufnahme von Flüchtlingen zu entwickeln, statt diese Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen.

Refugees haben weder freien Zugang zu Gesundheitsversorgung noch zu psychologischer Betreuung oder kulturellen sowie Bildungsangeboten. Auch vom Arbeitsmarkt sind sie ausgeschlossen. Schutzsuchende sind in Deutschland nicht nur Menschen zweiter, sondern dritter Klasse. Statt die Flüchtenden zu bekämpfen, müssen die Fluchtursachen bekämpft werden. Menschen, die zu uns fliehen, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Diskriminierte, rassistisch und sozial ausgegrenzte Roma vom Westbalkan brauchen Schutz. Gerade die Bundesrepublik Deutschland steht hier in einer historischen Verantwortung. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz spricht sich daher entschieden gegen eine Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen aus und ächtet einen sich ausbreitenden Nützlichkeitsrassismus. Zuwanderung stellt eine Chance für Rheinland-Pfalz dar, die wir nur nutzen können, wenn die Menschen als gleichwertig anerkannt werden und einen vollständigen Zugang zu sozialen und politischen Ressourcen erhalten. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich grundsätzlich für eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik ein.

DIE LINKE fordert daher die schnellstmögliche Verteilung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen von den Erstaufnahmestellen auf die Kommunen und dezentrale, menschenwürdige Unterbringung sowie die bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht. Wir wollen das Zwangsverteilungssystem von Menschen, den sogenannten Königsteiner Schlüssel, beenden. So können Flüchtende bei Bekannten und Verwandten unterkommen und schnelle Aufnahme in die Gesellschaft finden. Um die Kommunen zu entlasten, muss der Bund vollständig die Kosten für Aufnahme und Versorgung der Flüchtenden übernehmen. Wir wollen kostenfreie Sprachkurse für Flüchtlinge, insbesondere für Kinder, damit diese erfolgreich am deutschen Bildungssystem teilhaben können. Hierzu gehört auch, insbesondere auf dem Land, mit Fahrdiensten oder der kostenlosen Nutzung von Bus und Bahn sicherzustellen, dass Flüchtlinge tatsächlich Sprachkurse besuchen können. Wir wollen Handlungsleitfäden und zusätzliches, kompetentes Personal für Schulen und Kindergärten, um Flüchtlingskinder integrieren und fördern zu können.

Wir plädieren für die Einführung einer Gesundheitskarte zur medizinischen Vollversorgung nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches und für die Abschaffung der Zuständigkeit der kommunalen Sozialbehörden für die Ausstellung von Behandlungsscheinen für Asylsuchende.

Wir wollen auf den hohen Anteil psychosomatischer und traumatischer Erkrankungen und auf den Beratungsbedarf von Flüchtlingen durch entsprechende Angebote der psychiatrischen Landeskliniken und vor Ort reagieren.

Entschieden gegen Faschismus und Nationalismus

DIE LINKE tritt aktiv jeglicher Form von Faschismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie sowie sämtlichen anderen Formen von Menschenfeindlichkeit entgegen. Auch der Diskriminierung von Menschen muslimischen Glaubens erteilen wir eine Absage.

Wir setzen uns für die Verankerung einer antifaschistischen Klausel in der rheinland-pfälzischen Verfassung ein, die die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und die Verantwortung aller umfasst, der Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, der Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und rassistischen oder antisemitischen Aktivitäten entschlossen entgegenzutreten.

Rechtes Gedankengut ist auch in Rheinland-Pfalz auf dem Vormarsch. Durch Sozialabbau und prekäre Lebensverhältnisse verunsichert, sind viele BürgerInnen empfänglich für faschistische Ideologien und eine Weltanschauung, die gesellschaftliche Minderheiten ausgrenzen will. Um dieser bedenklichen Entwicklung wirksam begegnen zu können, bedarf es zuallererst eines gesellschaftlichen Klimas, das vor allem von Mitbestimmung und Demokratie, sozialer Teilhabe sowie der Wahrung von Menschenrechten geprägt ist.

Des Weiteren müssen wir eine Gedenkkultur fördern, die offensiv in die Gesellschaft wirkt, die junge Generation anspricht und aufklärt und dadurch die persönliche Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus fördert.

Nur so können erkennbar menschenfeindliche Tendenzen wirksam in der Gesellschaft bekämpft werden.

Deshalb fordert DIE LINKE Rheinland-Pfalz:

- das NPD-Verbotsverfahren rechtssicher abzuschließen und konsequent umzusetzen. Ein Verbotsverfahren gegen den sogenannten „Dritten Weg“ soll eingeleitet und dafür sollen die notwendigen Voraussetzungen durch die Innenminister der Länder geschaffen werden.
- die sichere Finanzierung von Vereinen, Initiativen und bewährten zivilgesellschaftlichen Modellen gegen die Verbreitung von faschistischem und rassistischem Gedankengut. Dementsprechend wollen wir den auf die Totalitarismustheorie aufbauenden

»Extremismusbegriff« aus den Handlungsanweisungen von Justiz, Polizei und Verwaltung streichen.

- die Einrichtung von Beratungsstellen in allen kommunalen Verwaltungen, die auf wissenschaftlich fundierter Basis Unterstützungsarbeit für zivilgesellschaftliche Akteure gegen Faschismus und Rassismus leisten, und die Abschaffung des Verfassungsschutzes, der sich wiederholt als unfähig erwiesen hat, rechtsradikale Entwicklungen zu erkennen und wirksame Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Eine demokratische Gesellschaft braucht keinen Geheimdienst zum Schutz der Demokratie, dessen Versagen und direkte Verwicklung in faschistische Aktivitäten spätestens seit dem NSU-Skandal offenkundig ist.
- die Anpassung des Asylbewerberleistungsgesetzes an die Sozialleistungen des SGB II und SGB XII
- die unmittelbare Integration von AsylbewerberInnen in den Arbeitsmarkt
- den uneingeschränkten Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und den sozialen Sicherungssystemen.

10) **Friedlich: Hier und überall**

Mehr als 25 Jahre nach Ende des Kalten Kriegs ist Rheinland-Pfalz noch immer "NATO-Flugzeugträger" und beherbergt mit Ramstein und Spangdahlem nicht nur zwei für den weltweit agierenden Imperialismus wichtige strategische Stützpunkte der US-Luftwaffe, sondern mit dem Tornado-Fliegerhorst in Büchel/Eifel auch den vermutlich einzigen deutschen Atombombenstandort.

In Bezug auf die Plenardebatte des Landtags im Sommer 2005 muss DIE LINKE mehr als zehn Jahre später mit Betroffenheit feststellen, dass hinsichtlich des Abzugs der Atombomben aus Büchel immer noch nichts geschehen ist und die rot-grüne Landesregierung sich offenbar zu nichts verpflichtet fühlt, obwohl sich die Kriegsgefahr auch in Europa durch die Ukraine Krise vervielfacht hat und sich die NATO unter aktiver Beteiligung der schwarz-roten Bundesregierung anschickt, einen neuen Kalten Krieg vom Zaun zu brechen. Wir fordern deshalb erneut den Abzug und die Vernichtung der in Büchel in der Eifel stationierten atomaren Massenvernichtungswaffen, die unser Leben und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder und so vieler anderer Menschen bedrohen. Nachdem jahrzehntelang viele Milliarden Steuergelder in Rheinland-Pfalz für Militärflughäfen, Militärstützpunkte und militärische Anlagen aller Art sinnlos verschwendet wurden, lässt die rot-grüne Landesregierung die weit über ihre Kräfte in Mitleidenschaft gezogenen und in Bezug auf die zivile Infrastruktur besonders benachteiligten Kommunen mit den Folgen der Änderung der Militärstrategie und der Schließung von Militärstandorten einfach im Stich. Deshalb verlangt DIE LINKE vom Land eine erheblich stärkere Förderung der betroffenen Kommunen bei der Konversion militärischer Liegenschaften und Einrichtungen in zivile Nutzung und den schnellen und nachhaltigen Aufbau einer zivilen und friedlichen Infrastruktur.

Die LINKE im Landtag wird von der Landesregierung fordern, dass sie sich dafür einsetzt, den als Bombodrom genutzten Truppenübungsplatz Baumholder stillzulegen, über dem Luft-Boden-Übungen stattfinden, die im südlichen Rheinland-Pfalz und im angrenzenden Saarland in den zum An- und Abflug genutzten Flugkorridoren zu unerträglichem Fluglärm und weiteren gesundheitlichen Gefährdungen beitragen.

Als Sofortmaßnahme wird sich DIE LINKE im Landtag dafür einsetzen, dass die Landesregierung alle ihre Möglichkeiten nutzt, um die Flugübungen und den damit verbundenen Fluglärm deutlich zu reduzieren.

Die Konversion militärischer Standorte schafft nach allen vorliegenden Erkenntnissen nachhaltigere und zukunftsfähigere Arbeitsplätze als es das Militär jemals getan hat. Die Umwandlung des ehemaligen Militärhospitals in Neubrücke in den Umwelt-Campus Birkenfeld (mit etwa 2 700 Studierenden, 237 Beschäftigten und 55 Professoren) darf zu Recht als eines der erfolgreichsten Konversionsprojekte in der Bundesrepublik angesehen werden.

Entgegen der mutlosen und opportunistischen Politik der Landesregierung besteht DIE LINKE gemeinsam mit den Friedensinitiativen im ganzen Land darauf, dass unsere Schulen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen und auch die Jobcenter nicht länger für das „Werben fürs Sterben“ missbraucht werden. Wir verurteilen die stillschweigende Unterstützung der Landesregierung für die sich regelmäßig wiederholenden, sogenannten Offene-Tür-Veranstaltungen der US-Luftwaffe in Ramstein und Spangdahlem, weil dort Kinder in einer nur aus totalitären Staaten bekannten Weise

unter Missbrauch der kindlichen Neugier und Unbefangenheit gegenüber den barbarischsten Mord- und Tötungsinstrumenten desensibilisiert und für militaristisches Denken und Handeln vorbereitet werden.

DIE LINKE hält daran fest, dass nie wieder Krieg von unserem Land ausgehen darf: weder in Bezug auf die Vorbereitung und die Produktion von Waffen, noch bei Transportleistungen, wie bei der heimlichen Remilitarisierung des Hunsrückairports Hahn. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz seine internationale Verantwortung allein durch soziale, medizinische und zivile technische Hilfen wahrnimmt, und wir wollen weiterhin, dass unser Bundesland zu einer der ersten Adressen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit werden kann.

Für ein Europa des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit

Die Europäische Union ist ein solches Europa nicht: Die EU basiert auf Verträgen, die vor allem die Interessen der Unternehmen im Blick haben. Die Krisenpolitik der Troika hat diese Probleme verschärft. Wir streiten für ein Europa, das aus dem Klammergriff der Finanzmärkte und der Kürzungspolitik befreit wird, und für die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Wir wollen die Rechte der Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner stärken – für ein gutes Leben für alle in Europa. Für ein Europa, in dem die Menschen nicht gegeneinander gestellt und die natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört werden – für ein Europa der solidarischen Nachbarn, in dem Krieg und Waffenexporte gebannt werden. Wir kämpfen zusammen mit allen, die einen Neustart der Europäischen Union wollen - demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich.

Die Politik der Europäischen Union hat entscheidenden Einfluss auf Rheinland-Pfalz. Rund 80 Prozent des kommunalpolitischen Handelns wird von Beschlüssen auf europäischer Ebene vorgegeben. Diese Beschlüsse bestimmen deshalb maßgeblich die Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge in den rheinland-pfälzischen Kommunen und haben direkten Einfluss auf die Lebensumstände der Menschen vor Ort. Deshalb ist es unabdingbar, dass die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz, Deutschland und in allen anderen europäischen Staaten ihre Rolle als demokratischer Souverän aller politischen Entscheidungen erkennen, annehmen und umsetzen.

Wir fordern eine umfassende Stärkung der Rechte des Europaparlaments- vor allem der Haushaltsrechte – und verbindliche Mitspracherechte der nationalen und regionalen Parlamente im Vorfeld europäischer Entscheidungen. Die grundlegenden Konstruktionsfehler der Europäischen Union müssen beseitigt werden. Neben der Wirtschaftsunion brauchen wir eine Sozial- und Rechtsunion mit einer einheitlichen Sozial- und Steuergesetzgebung, die letztlich in die Vereinigten Staaten von Europa mündet.

Dies war die Grundidee, die nach den Kriegen des 20. Jahrhunderts die Menschen in Europa zu einem Umdenken veranlasste und zu einem friedlichen und solidarischen Miteinander führen sollte. Die herrschende Politik des 21. Jahrhunderts hat diese Grundidee zugunsten eines neoimperialistischen, zügellosen Kapitalismus an die Banken und Konzerne verkauft. Wir wollen dafür streiten, der europäischen Idee wieder Geltung zu verschaffen.

DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

- den vollständigen Abzug von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen aus Rheinland-Pfalz
- die Konversion der Airbase Ramstein und des Truppenübungsplatzes Baumholder
- Drohnenmorde über die Relais-Station Ramstein sofort zu beenden
- den Ausbau und die konsequente Förderung von Konversionsmaßnahmen in den Kommunen
- die Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung
- die Anwerbeversuche der Bundeswehr in Schulen, Berufskollegen, Jobcentern und Arbeitsagenturen zu beenden
- keine Subventionen und Fördergelder an Firmen und Konzerne in Rheinland-Pfalz, die an Rüstungsforschung und Herstellung von Rüstungsgütern und Kampfstoffen beteiligt sind
- die Förderung und Anerkennung rheinland-pfälzischer Friedensinitiativen als Kooperationspartner der Landesregierung mit beratender Funktion bei Fragen der Entmilitarisierung, der Konversion und des Schutzes der Bevölkerung vor Lärm-, Luft- und Bodenverschmutzung durch militärische Übungseinsätze
- den Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen, die Ausbildung von Fachkräften für den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für Jugendliche und Erwachsene sowie den Ausbau internationaler Begegnungen und Städtepartnerschaften
- keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz von Soldaten bei Demonstrationen, Fußballspielen und Großveranstaltungen. Die Vermischung der Zuständigkeiten von Polizei und Militär ist ein Bruch unserer Verfassung.
- ein soziales, demokratisches und friedliches Europa
- eine umfassende Stärkung der Rechte des Europaparlaments (Haushalt) und verbindliche Mitspracherechte der nationalen und regionalen Parlamente im Vorfeld europäischer Entscheidungen
- Europa wieder nach dem Gründungskonsens zu organisieren: demokratisch, friedlich und sozial.

Nachwort

Für den demokratischen Sozialismus!

All unsere Forderungen sind wichtige Schritte zu einer sozialeren, gerechteren und friedlicheren Gesellschaft. Ausbeutung, Repression, Umweltzerstörung und Krieg werden durch Veränderungen, die in Parlamenten beschlossen werden, bestenfalls gemildert, nie aber überwunden werden. Denn die Missstände, denen unsere Gesellschaft gegenübersteht, sind dem kapitalistischen Wirtschaftssystem geschuldet: Alles, jede und jeder wird zur Ware und unter dem Kriterium ihrer bzw. seiner Profitträchtigkeit bewertet und behandelt – was dazu führt, dass ein Großteil der Menschen in diesem System untergeht. Ihnen wird demokratische und soziale

Teilhabe verwehrt und somit ein menschenwürdiges Leben unmöglich gemacht. Profitstreben führt zu Armut und Zerstörung von Mensch und Natur, weil auf ihre Kosten der Profit gemacht wird.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen friedlich, frei, gesund und gleichberechtigt leben können. Weil uns der Kapitalismus Menschenwürde, Gerechtigkeit, intakte Natur, Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung nicht geben kann, ist für uns klar: Dieses System muss überwunden werden. Stattdessen treten wir für den demokratischen Sozialismus ein, in dem nicht der Profit, sondern allein die Bedürfnisse von Menschen und Natur im Zentrum stehen. Die

Überwindung des Kapitalismus, die Entwicklung zu einer demokratischen Wirtschaft, die Selbst- und Mitbestimmung ermöglicht und durch alle Menschen organisiert und reguliert wird, wäre ein Fortschritt, der es allen Menschen endlich erlaubt, frei zu denken und zu handeln.

Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn die Menschen frei von ökonomischen Zwängen sind – und das Kapital auch in der Politik keinen Einfluss mehr hat.

Unser Ideal wird im Landtag nicht vollkommen verwirklicht werden können, aber wir können dort konkrete Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen bewirken. Gleichzeitig aber wollen wir außerhalb des Parlaments zusammen mit sozialen Bewegungen und den Menschen für den Systemwechsel kämpfen. Nur eine lebendige Protestkultur kann dem Kapitalismus Druck machen und uns in die Lage bringen, ihn zu überwinden. Dadurch schaffen wir eine Ordnung, die Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg ein Ende setzt.

Die Gesellschaft ist von Menschen gemacht und kann auch von ihnen verändert werden. Es reicht nicht aus, von einer besseren Welt zu reden. Wir, DIE LINKE, streiten auf der Straße wie in den Parlamenten für eine gerechte und solidarische Gesellschaft, in der menschliche Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen.